GEMEINDE

R I S C H

Voranschlag 1994

mit Berichten und Anträgen zu
den Sachgeschäften zuhanden der
Gemeindeversammlung vom
Montag, 13. Dezember 1993,
20.00 Uhr im Zentrum Dorfmatt,
Rotkreuz



Detailkonti:

Mit dem neugestalteten Voranschlag 1994 werden Detailkonti zusammengefasst ausgewiesen. Diese Konzentration erlaubt uns, über 50 % Papier und Kosten einzusparen. Wenn Sie mehr Informationen wünschen, senden wir Ihnen gerne den ausführlichen Voranschlag mit den Detailkonti. Bitte verlangen Sie diesen bei der **Finanzabteilung** unter Telefonnummer 64'35'35.

Titelbild:

Das Bild auf der Vorderseite stellte Frau Theres Greter-Lustenberger im Holzschnittverfahren in einer Auflage von 15 Stück her. Es ist signiert und misst 30 x 40 cm. Der 3. Abzug ist im Besitze der Gemeinde Risch. Wiedergeben werden die geschützten Gebäulichkeiten in der Binzmühle in Rotkreuz.

Parteiversammlungen:

Christlichdemokratische Volkspartei, CVP	**Montag, 29. November 1993,** 20.00 Uhr, im Gasthaus Breitfeld
Liberale Partei Risch-Rotkreuz, LPRR	**Donnerstag, 09. Dezember 1993,** 20.00 Uhr, im Hotel Bauernhof
Politische Arbeitsgruppe Gleis 3 Risch	**Dienstag, 30. November 1993,** 20.00 Uhr, im Zentrum Dorfmatt, Sitzungszimmer 1 der Kirchgemeinde, 1. OG
Schweizerische Volkspartei, SVP	**Mittwoch, 01. Dezember 1993,** 20.00 Uhr, im Restaurant Kreuz

Traktandum

1	Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 30. September 1993	Seite 5
2	Voranschlag 1994 - Bericht und Antrag des Gemeinderates - Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission	Seite 6 Seite 20
3	Finanzplan 1993 - 1998	Seite 21
4	Kreditbegehren für den Ersatz des IBM System 36 und Ausbau zu einer integrierten Gemeindelösung	Seite 29
5	Genehmigung des Projektierungskredites für die Erweiterung der Schulanlage	Seite 31
6	Kreditbegehren für Beitragsleistungen an die Baukosten für den Erweiterungsbau und die Sanierung des Männerheim Eichholz in Steinhausen	Seite 39
7	Bebauungsplan "Wohndorfkern Rotkreuz Nord", Teilbebauungsplan Abschnitt "Bahnhofmatte"	Seite 41
8	Zwischenbericht und Verlängerung der Behandlungsfrist zur erheblich erklärten Motion betr. Revision des Dienst- und Besoldungsreglementes	Seite 47

Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 30. September 1993

Traktandum 1

Beschlüsse:

1. Protokoll

   Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 28. Juni 1993 wird genehmigt.

2. Zonenplanänderungen im Gebiet Holzhäusern für Golfanlage und für Familiengarten und Freizeit sowie Ergänzungen der Bauordnung Risch

   Den Anträgen des Gemeinderates,
   1. die vorsorgliche Einsprache des WWF Regionalstelle Zug/Luzern abzuweisen
   2. die vorliegende Zonenplanänderung für eine Golfanlage im Gebiet Holzhäusern gemäss Planvorlage zu genehmigen und den entsprechenden Ergänzungen der Bauordnung Risch gemäss Vorlage zuzustimmen
   3. die vorliegende Zonenplanänderung für Familiengarten und Freizeit im Gebiet Holzhäusern gemäss Planvorlage zu genehmigen und den entsprechenden Ergänzungen der Bauordnung Risch gemäss Vorlage zuzustimmen

   wird in allen drei Punkten einzeln grossmehrheitlich zugestimmt.

3. Abtretung einer Landparzelle im Baurecht an den Tennisclub Risch-Rotkreuz für die Erstellung einer Tennisanlage

   Dem Antrag des Gemeinderates, dem Tennisclub Risch-Rotkreuz über die Parzelle GBP Nr. 236 beim Sientalwald ein Baurecht für die Erstellung einer Tennisanlage einzuräumen und dem vorliegenden Baurechtsvertrag die Genehmigung zu erteilen, wird mehrheitlich zugestimmt.

Protokollauflage

Das ausführliche Protokoll liegt ab Freitag, 3. Dezember 1993, im Rathaus, Zimmer 22, während den Bürozeiten der Gemeindeverwaltung für die Stimmberechtigten zur Einsichtnahme auf.

ANTRAG:

Es sei

das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 30. September 1993 zu genehmigen.

Risch/Rotkreuz, 09. November 1993

NAMENS DES GEMEINDERATES RISCH
Der Präsident: R. Knüsel

Der Gemeindeschreiber: R. Barmettler

Voranschlag 1994
- Bericht und Antrag des Gemeinderates

Traktandum

2

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Wir unterbreiten Ihnen einen ausgeglichenen Voranschlag für das Rechnungsjahr 1994. Die Aufwendungen betragen Fr. 23'351'500.-- und sind somit um 2,5 % tiefer als im Voranschlag 1993. Der Ertrag wird mit Fr. 23'351'500.-- veranschlagt und liegt rund 1 % unter dem Budget 1993.

Das Budget für 1994 wurde einerseits aufgrund von kantonalen Vorgaben, andererseits mittels vergrösserter Detaillierung auf Kontoebene von Grund auf erstellt. Erfreulich ist das ausgeglichene Budgetergebnis für 1994. Trotzdem ist weiterhin eine vorsichtige Ausgabenpolitik erforderlich. Vor einem Jahr konnte die Gemeinde Risch den Steuerfuss von 100 % auf 96 % senken. Im Jahre 1994 erfolgt aufgrund des kantonalen Finanzausgleichgesetzes eine weitere Steuersenkung auf 91 %. Leider verbirgt die erneute Steuersenkung den Nachteil in sich, dass die Reservenbildung für zukünftige Bauvorhaben verhindert wird.

Vom kantonalen Finanzausgleich wird die Gemeinde Risch 1994 rund Fr. 2,3 Mio. beziehen. Anspruch auf eine Ausgleichszahlung haben nach den Bestimmungen von § 6 FAG (Finanzausgleichgesetz) alle Einwohnergemeinden, deren Kantonssteuerertrag pro Einwohner unter dem kantonalen Mittel liegt. Nach den Bestimmungen von § 10 FAG haben die Gemeinden, welche für das Rechnungsjahr 1992 einen kalkulatorischen Ertragsüberschuss ausweisen, davon einen Drittel für die Steuersenkung pro 1994 anrechnen zu lassen. Wird die Senkung des Steuerfusses nicht vorgenommen, so ist die Differenz zwischen dem vorgeschriebenen und dem tatsächlichen für die Steuerfussenkung verwendeten Betrag in die kantonale Ausgleichsrückstellung einzuzahlen. Für die Gemeinde Risch ergibt sich daraus:

a) Fr. 622'000.-- in den kantonalen Finanzausgleich einzuzahlen
oder
b) die Steuern von 96 % um 5 % auf 91 % zu senken.

Die Investitionsrechnung sieht bei Fr. 7'140'000.-- Aufwand und Fr. 2'629'000.-- Ertrag einen Investitionsmehraufwand von Fr. 4'511'000.-- vor. Die grössten Einzelposten entfallen auf die geplante Realisierung der Kanalisation UeG und der Erschliessung des Dorfkerns Rotkeuz Süd mit Bahnhofplatz. Dank einem Cash Flow von Fr. 2,584 Mio. werden dadurch rund 55 % der geplanten Investitionen abgedeckt. Positiv wirkt sich die verstärkte Investitionstätigkeit auf die Konjunktur aus.

Der Finanzierungsfehlbetrag für 1994 im Finanzhaushalt der Gemeinde berechnet sich wie folgt:

	Aufwand:	***Ertrag:***
Laufende Rechnung	23'351'500	23'351'500
Investitionsrechnung	7'140'000	2'629'000
Finanzierungsfehlbetrag		**4'511'000**
Total	30'491'500	30'491'500

Der Gemeinderat legt eine neugestaltete Darstellung des Budget 1994 vor. Er ist der Ansicht, dass folgende Bedürfnisse wichtig sind und eine Neugestaltung des Voranschlages sowie der Jahresrechnung notwendig ist:

- Die Bevölkerung wünscht mehr Klarheit mit leicht verständlichen Darstellungen und Übersichten mit Einbezug von Graphiken und Mehrjahresvergleichen.

- Für die Bevölkerung ist die Entwicklung der Gemeindefinanzen ein wichtiges Anliegen. Sie möchte Trends bei Ausgaben, Einnahmen oder Investitionen sehen.

- Der Papierverschleiss muss eingedämmt werden. Die Gemeindeverwaltung soll mit gutem Beispiel vorangehen.

Mit diesen Verbesserungen an mehrjährigen Übersichten, Trends und einer gleichzeitigen Papiereinsparung von rund 60 % muss eine gewisse Konzentration der Daten in Kauf genommen werden. Dieser Nachteil wird damit entkräftet, dass jedermann auf Anfrage hin die Detailunterlagen von der Gemeindeverwaltung kostenlos zugestellt erhält.

Die Begründungen zu den wichtigsten Abweichungen gegenüber dem Vorjahr finden Sie neu direkt bei den jeweiligen Abteilungen.

ANTRAG:

Es seien

1. die Steuern für das Jahr 1994 wie folgt zu erheben:
   a) Einkommens- und Vermögenssteuern: 91 % des kantonalen Einheitssatzes
   b) Personalsteuer: Fr. 10.-- pro selbständig steuerpflichtige Person.

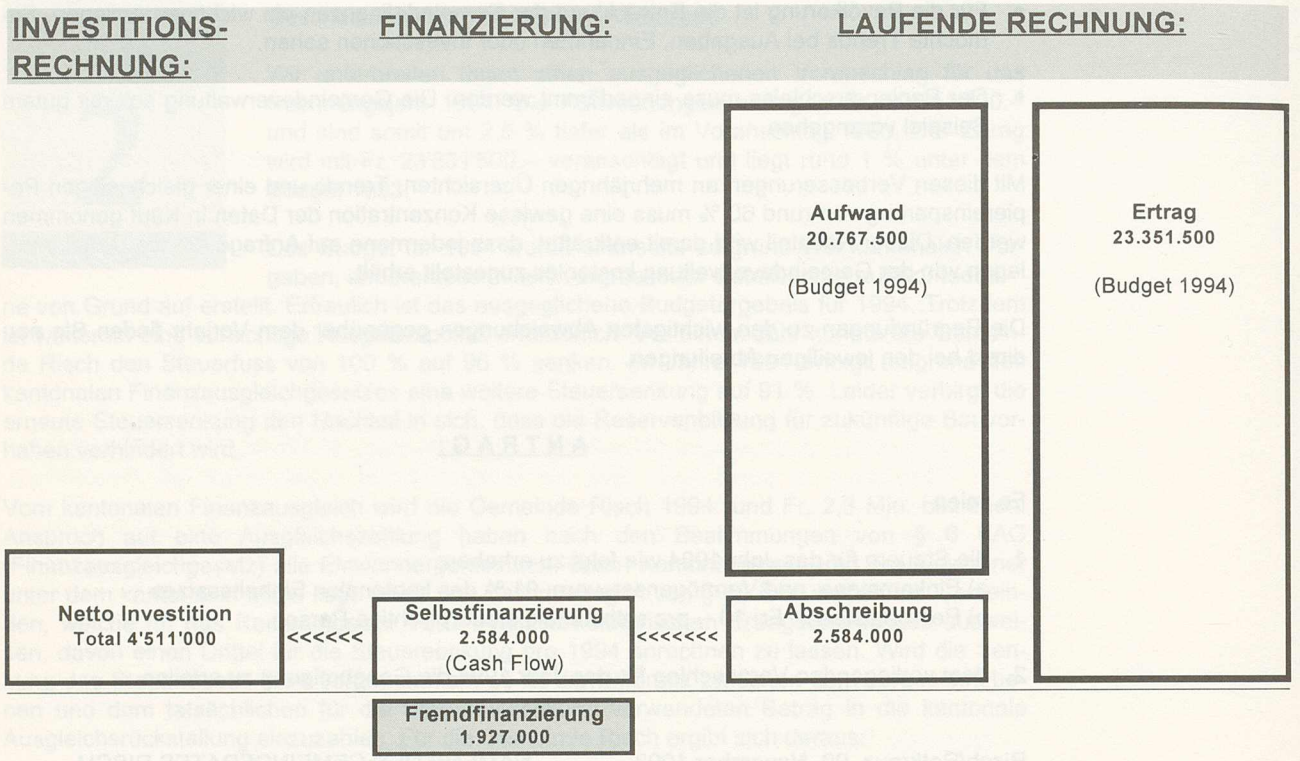
2. dem vorliegenden Voranschlag für das Jahr 1994 die Genehmigung zu erteilen.

Risch/Rotkreuz, 09. November 1993

NAMENS DES GEMEINDERATES RISCH
Der Präsident: R. Knüsel

Der Gemeindeschreiber: R. Barmettler

Graphische Übersicht Budget 1994



Bemerkungen zu den Kennziffern:

Selbstfinanzierungskraft :Selbstfinanzierung (Abschreibungen und Ertragsüberschüsse) in Prozenten des Ertrages ohne Verrechnung und durchlaufende Beiträge.

Selbstfinanzierungsgrad: Selbstfinanzierung in Prozenten der Nettoinvestitionen.

Investitionsquote: Bruttoinvestitionen in Prozenten der konsolidierten Gesamtausgaben (Ausgaben ohne Abschreibungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen, Verrechnungen).

Eigenkapitalquote: Eigenkapital in Prozenten der Passiven.

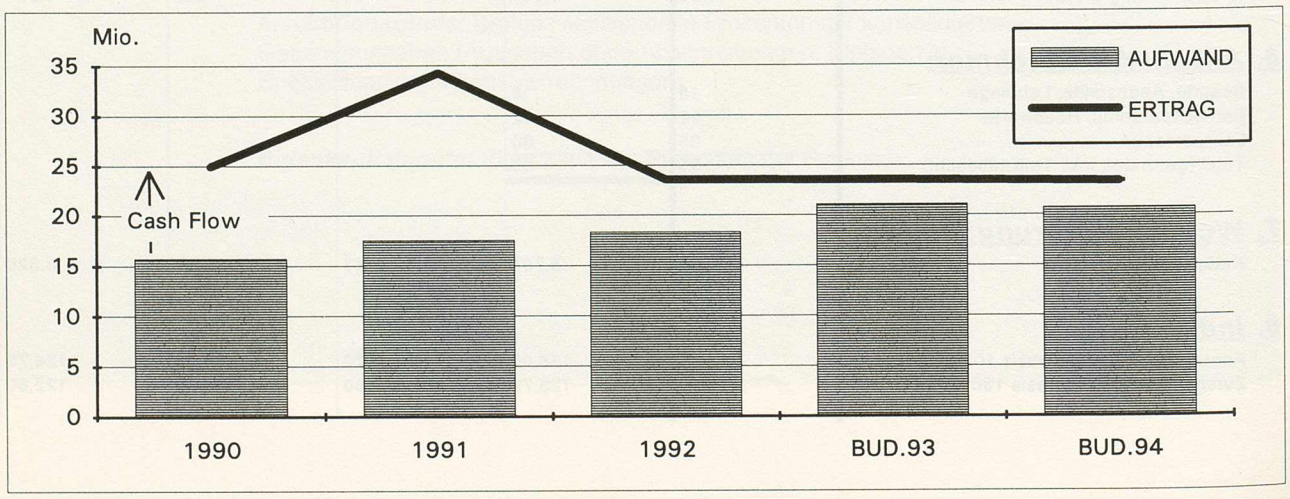
Hauptzahlen der Gemeinde Risch

	BUDGET 1994	BUDGET 1993	1992	1991	1990
1. Laufende Rechnung:					
Ertrag	23.351.500,00	23.536.600,00	25.454.267,07	28.092.090,32	30.557.380,60
Aufwand	23.351.500,00	23.919.710,00	23.003.691,95	26.193.003,00	24.408.272,18
Ertragsüberschuss (-Fehlbetrag)	**0,00**	-383.110,00	2.450.575,12	1.899.087,32	6.149.108,42
Cash Flow	2.584.000,00	2.407.890,00	5.156.833,00	4.376.306,00	9.157.703,00
2. Investitionsrechnung:					
Ausgaben	7.140.000,00	5.171.000,00	820.395,50	3.272.503,20	4.857.519,80
Einnahmen	2.629.000,00	2.585.000,00	206.804,00	-571.805,00	624.162,00
Finanzierungsfehlbetrag	**4.511.000,00**	2.586.000,00	613.591,50	3.844.308,20	4.233.357,80
3. Bilanz:					
Finanzvermögen	-	-	15.547.012,05	16.965.515,00	17.263.153,85
Verwaltungsvermögen	-	-	24.340.800,00	23.200.404,00	27.077.000,00
Bilanzsumme Aktiven	-	-	39.887.812,05	40.165.919,00	44.340.153,85
Fremkapital	-	-	37.437.236,93	38.266.831,68	38.191.045,43
Eigenkapital	-	-	2.450.575,12	1.899.087,32	6.149.108,42
Bilanzsumme Passiven	-	-	39.887.812,05	40.165.919,00	44.340.153,85
4. Steuererträge:					
Steuern natürliche Personen	8.750.000,00	8.800.000,00	9.295.774,60	9.072.053,65	7.547.981,10
Steuern juristische Personen	2.757.000,00	2.645.000,00	3.475.875,40	2.263.395,20	2.854.223,80
Grundstückgewinnsteuer	1.670.000,00	1.800.000,00	582.222,75	876.813,00	5.803.181,10
Uebrige Gemeindesteuern	310.000,00	275.000,00	287.739,70	329.337,90	326.363,90
Total Steuerertrag	**13.487.000,00**	13.520.000,00	13.641.612,45	12.541.599,75	16.531.749,90
Anteil am kant. Finanzausgleich	2.300.000,00	2.900.000,00	2.833.092,00	3.122.646,30	2.767.749,85
5. Kennziffern:					
1. Steuerfuss	91	96	100	100	100
2. Selbstfinanzierungskraft	11,32%	10,48%	20,67%	15,81%	25,19%
3. Selbstfinanzierungsgrad	57,28%	93,08%	840,43%	-13,84%	216,32%
4. Investitionsquote	35,28%	25,13%	4,15%	14,04%	28,16%
5. Eigenkapitalquote	-	-	6,14%	4,73%	13,87%
6. Steuerertrag pro Einwohner in Fr.	1.483	1.544	1.655	1.610	1.367
6. Anzahl Arbeitnehmer:					
Beamte, Angestellte, Lehrlinge	18	18			
Betriebspersonal, Hauswarte	12	12			
Lehrpersonen	65	66			
Total (gerundet, inkl. Teilzeitbesch.)	**95**	95			
7. Wohnbevölkerung:					
Natürliche Personen	5.900	5.700	5.618	5.635	5.520
8. Index:					
Konsumentenpreise (Basis 100 = 1982)	-	138,90	135,70	131,20	124,70
Zürcher Baukosten (Basis 100 = 1982)	-	123,70	129,60	130,50	122,90

Laufende Rechnung nach Kostenarten

Kto.	Bezeichnung	Bud. 94	Bud. 93	1992	1991	1990
3	***AUFWAND***	***23.351.500***	***23.919.710***	***23.003.692***	***26.193.003***	***30.557.381***
30	Personalaufwand	10.839.000,00	10.648.410,00	9.867.844,09	9.146.599,05	8.139.214,15
31	Sachaufwand	4.122.500,00	4.427.200,00	3.442.661,73	3.979.621,45	3.528.415,55
32	Passivzinsen + Steuerskonti	1.578.000,00	2.018.000,00	1.950.972,03	1.814.753,05	1.834.183,95
33	Abschreibungen + Steuerverluste	2.644.000,00	2.846.000,00	4.672.004,10	8.668.494,70	14.850.488,40
34	Beitrag an Finanzausgleich	178.700,00	184.000,00	42.165,50	38.334,40	0,00
35	Entschädigung an Gemeinwesen	183.200,00	120.900,00	60.562,10	122.737,25	142.928,00
36	Beiträge an Kanton oder Dritte	3.260.800,00	3.144.100,00	2.460.062,40	1.955.865,30	1.764.707,50
38	Einlagen in Spezialfin. + Stiftungen	20.000,00	15.000,00	8.760,00	23.795,00	0,00
39	Interne Verrechnungen	525.300,00	516.100,00	498.660,00	442.802,80	297.443,05
4	***ERTRAG***	***23.351.500***	***23.536.600***	***25.454.267***	***28.092.090***	***36.706.489***
40	Steuern	11.817.000,00	11.889.000,00	13.098.064,20	11.699.207,55	10.728.568,80
40A	Grundstückgewinnsteuer	1.670.000,00	1.631.000,00	543.548,25	842.392,20	5.803.181,10
41	Regalien + Konzessionen	347.000,00	319.000,00	309.162,25	305.495,20	299.940,00
42	Vermögenserträge	464.400,00	451.000,00	508.648,35	576.247,65	540.548,20
43	Entgelte	1.771.400,00	1.620.500,00	1.675.909,25	1.270.018,35	1.240.297,37
44	Anteil am kt. Finanzausgleich	2.300.000,00	2.900.000,00	2.833.092,00	3.122.646,30	2.767.749,85
45	Rückerstattungen von Gemeinwesen	779.400,00	688.300,00	694.213,70	628.634,25	433.983,40
46	Beiträge des Kantons + Dritter	3.673.000,00	3.487.200,00	3.385.874,75	3.089.135,40	2.745.189,55
47	Durchlaufende Beiträge	4.000,00	4.000,00	8.007,00	4.550,00	21.937,50
48	Entnahme aus Spezialfinanzierung	0,00	0,00	1.899.087,32	6.149.108,42	11.789.476,55
49	Interne Verrechnung	525.300,00	546.600,00	498.660,00	404.655,00	335.616,70
	ERGEBNIS	***0***	***-383.110***	***2.450.575***	***1.899.087***	***6.149.108***

Fünfjahresvergleich
ohne Abschreibung und ohne Entnahme aus Spezialfinanzierung



Budget 1994 nach institutioneller Gliederung

Kto.	Bezeichnung	BUDGET 1994 AUFWAND	BUDGET 1994 ERTRAG	BUDGET 1993 AUFWAND	BUDGET 1993 ERTRAG	RECHNUNG 1992 AUFWAND	RECHNUNG 1992 ERTRAG
11	PRÄSIDIALABTEILUNG	1.594.000	322.500	1.722.410	230.500	1.447.173	508.644
12	FINANZABTEILUNG	5.922.800	16.619.400	6.366.800	17.227.900	7.852.712	19.229.028
13	SCHULABTEILUNG	9.533.300	4.229.500	9.205.000	3.945.100	8.514.835	3.890.811
14	BAUABTEILUNG	3.777.700	1.506.300	3.899.300	1.473.100	3.082.067	1.122.707
15	POLIZEI + GESUNDHEIT	1.007.500	21.000	1.255.800	20.500	780.402	40.296
16	WEHRABTEILUNG	702.300	247.800	685.700	201.500	609.976	159.243
17	SOZIALABTEILUNG	813.900	405.000	784.700	438.000	716.526	503.537
	TOTAL	***23.351.500***	***23.351.500***	***23.919.710***	***23.536.600***	***23.003.691***	***25.454.266***
	ERGEBNIS	***0***		***-383.110***			***2.450.575***

Aufwand 1994
im Abteilungsvergleich



11 Präsidialabteilung

Kto.	Bezeichnung	BUDGET 1994 AUFWAND	BUDGET 1994 ERTRAG	BUDGET 1993 AUFWAND	BUDGET 1993 ERTRAG	RECHNUNG 1992 AUFWAND	RECHNUNG 1992 ERTRAG
1101	Einwohnergemeinde	87.200	0	96.260	0	71.076	0
1102	Rechnungskommission	6.000	0	5.500	0	5.456	0
1105	Gemeinderat	190.800	0	206.000	0	182.755	0
1110	Verwaltung	652.800	273.000	786.000	188.600	670.997	459.724
1120	Allgemeine Bürokosten	140.900	0	169.000	0	170.265	45
1130	Telefon	14.000	0	14.000	0	12.519	0
1133	Betreibungsamt	95.800	0	113.200	0	93.952	0
1135	Friedensrichteramt	3.600	0	3.700	0	3.681	0
1136	Weibelamt	2.200	0	2.500	0	1.659	0
1140	Ordentliche Beiträge	208.200	0	126.000	0	85.614	0
1144	Jugendarbeit	126.100	24.000	128.200	24.000	74.635	24.000
1150	Landwirtschaft	4.200	0	14.400	400	31.880	0
1160	Kulturelles	62.200	25.000	57.650	17.000	42.684	24.555
1161	Gemeindegeschichte	0	500	0	500	0	320
	TOTAL	***1.594.000***	***322.500***	***1.722.410***	***230.500***	***1.447.174***	***508.644***
	Nettoaufwand	***1.271.500***		***1.491.910***		***938.530***	

Konto		Bezeichnung	BUDGET 1994	BUDGET 1993	BUDGET BEGRÜNDUNGEN
1101	30000	Stimm- + Urnenbüro	14.000	6.000	Neben den ordentlichen Abstimmungen finden im Herbst 1994 die Gemeinderats-, Kantonsrats- und Regierungsratswahlen statt
1110	30100	Gehälter Verwaltung	502.900	651.000	Infolge Übertrag der Löhne in die Finanzabteilung
1110	43100	Kanzleigebühren	104.000	30.000	Neuaufteilung der Konti Kanzleigebühren und Handänderungsgebühren
1110	43101	Handänderungsgebühren	120.000	130.000	Neuaufteilung und Budgetierung anhand Ist 93
1120	31100	Mobiliar/Maschinen/EDV	15.000	80.000	Geringerer Bedarf, EDV Netzwerk für Grossteile der Verwaltung abgeschlossen
1120	31500	Unterhalt Mobiliar + Masch.	51.000	5.000	Hauptsächlich Datenübernahme der Einwohnerkontrolle auf ein neues EDV System
1140	35100	Langzeit- Arbeitsllosenprogramm	75.000	0	Neues Konto, betrifft 2 Stellen für ältere Langzeitarbeitslose, gebundene Ausgabe, Kantonsratsbeschluss
1140	36400	Verein für Arbeitsmassnahmen	45.000	0	Neues Konto, Verein in Gründung, gebundene Ausgabe, Kantonsratsbeschluss
1140	36509	Freiwillige Beiträge	19.000	48.000	Beitrag Neuinstrumentierung im Budget 93

12 Finanzabteilung

Kto.	Bezeichnung	BUDGET 1994 AUFWAND	BUDGET 1994 ERTRAG	BUDGET 1993 AUFWAND	BUDGET 1993 ERTRAG	RECHNUNG 1992 AUFWAND	RECHNUNG 1992 ERTRAG
1203	Verwaltung	192.200	0	0	0	0	0
1205	EDV Anlage	41.200	0	53.000	0	48.764	0
1220	AHV, IV, EO, FAK	643.000	0	588.000	0	531.968	0
1223	Andere Versicherungen	41.000	1.000	42.000	5.000	25.256	0
1230	Liegenschaften Finanzverm.	35.200	117.600	38.300	119.100	80.067	116.873
1237	Zentrum Dorfmatt	457.100	181.000	474.500	226.000	437.893	207.506
1250	Passivzinsen	1.458.000	0	1.898.000	0	1.838.046	0
1251	Aktivzinsen	0	185.800	0	138.800	0	221.695
1260	Ordentliche Steuern	264.200	11.765.000	270.000	11.688.000	216.667	13.040.568
1261	Finanzausgleich	0	2.300.000	0	2.900.000	0	2.833.092
1262	Übrige Steuern	181.900	1.722.000	187.000	1.832.000	43.705	601.045
1267	Gebühren + Konzess.	25.000	347.000	25.000	319.000	25.000	309.162
1270	Abschreibungen	2.584.000	0	2.791.000	0	2.706.258	0
1275	Verwend.Übersch.Vorjahr	0	0	0	0	1.899.087	1.899.087
	TOTAL	***5.922.800***	***16.619.400***	***6.366.800***	***17.227.900***	***7.852.712***	***19.229.028***
	Nettoertrag	***-10.696.600***		***-10.861.100***		***-11.376.315***	

Konto		Bezeichnung	BUDGET 1994	BUDGET 1993	BUDGET BEGRÜNDUNGEN
1203	30100	Gehälter	163.000	0	Neues Konto, wurde aus Gehälter Verwaltung ausgegliedert, analog der übrigen Abteilungen
1205	31501	Lizenzgebühren ZDV	8.000	29.000	Teilweise Reduktion für 1994 durch Führung der Lohn- und Finanzbuchhaltung in der Gemeinde
1237	31401	Unterhalt Aussenplätze	23.000	38.500	Verbesserung der möglichen Eigenleistung
1250	32200	Verzinsung langfristiger Darlehen	1.416.000	1.741.000	Durch Bildung von flüssigen Mitteln im Jahre 1993, Rückzahlung von Darlehen und einer abnehmenden Zinsentwicklung kann für 1994 mit einer vorübergehenden Entlastung gerechnet werden.
1260	ff	Steuereinnahmen	11.765.000	11.688.000	Bei den natürlichen Personen darf mit einer leichten Progression gerechnet werden. Für die juristischen Personen jedoch, infolge der schlechten Konjunktur und der einjährigen Einschätzung, mit geringeren Steuereinnahmen.
1261	34100	Anteil am kt. Finanzausgleich	2.300.000	2.900.000	Neue Informationen der kt. Stellen weisen bereits für 1993 auf geringeren Anteil hin.
1262	40300	Grundstückgewinnsteuer, altes Recht	170.000	300.000	Infolge Abschluss von hängigen Fällen wird dieser Posten zukünftig abnehmen.
1270	33100	Abschreibungen	2.584.000	2.791.000	Anpassung an die neue Situation gemäss Investitionsprogramm

13 Schulabteilung

Kto.	Bezeichnung	BUDGET 1994 AUFWAND	BUDGET 1994 ERTRAG	BUDGET 1993 AUFWAND	BUDGET 1993 ERTRAG	RECHNUNG 1992 AUFWAND	RECHNUNG 1992 ERTRAG
1301	Kommissionen	11.300	0	10.300	0	11.391	0
1305	Verwaltung	203.900	74.400	191.900	68.500	182.143	66.789
1307	Kindergarten	492.300	214.500	481.400	203.800	451.701	203.246
1310	Primarschule	3.610.100	1.654.800	3.389.500	1.511.900	3.213.039	1.524.806
1320	Oberstufenschule	2.378.200	1.377.600	2.465.200	1.315.200	2.110.379	1.219.485
1330	Hauswirtschaft	201.600	76.400	225.900	90.200	201.083	83.111
1331	Turnunterricht	204.200	66.200	197.600	62.400	166.479	62.225
1332	Sprachheilschule	122.900	58.900	121.900	57.300	113.967	55.290
1333	Musikschule	790.700	491.000	740.000	451.000	715.604	446.214
1340	Schul- und Gemeindebibl.	69.900	200	62.700	200	62.536	150
1350	Schuldienste + Diverses	394.700	75.000	259.700	50.000	253.812	44.335
1352	Schulzahnpflege	114.000	82.000	108.500	78.000	109.535	88.555
1380	Schulhäuser	892.100	58.500	918.300	56.600	876.318	96.606
1390	Mobiliar	47.400	0	32.100	0	46.848	0
	TOTAL	***9.533.300***	***4.229.500***	***9.205.000***	***3.945.100***	***8.514.835***	***3.890.813***
	Nettoaufwand	***5.303.800***		***5.259.900***		***4.624.022***	

Konto		Bezeichnung	BUDGET 1994	BUDGET 1993	BUDGET BEGRÜNDUNGEN
1320	45200	Beitrag von auswärtigen Schülern	330.000	262.500	Zunahme in der Oberstufe von Schülern aus Meierskappel
1333	30200	Gehälter Musikschule	592.800	564.800	Zunahme durch grössere Anzahl Musikschüler
1333	31100	Anschaffungen	24.800	8.500	Klavierersatzbeschaffung und Bariton Saxophon sind die Hauptposten
1350	36500	Beiträge a.d. Ausbildung behinderter Kinder	365.000	230.000	Kostenerhöhung, da die IV Beiträge nur noch ca. 15 % der Schulgelder decken.
1380	31400	Unterhalt Schulhäuser	138.200	178.000	Reduktion durch kostenbewusstes Handeln und keine grösseren periodischen Arbeiten
1390	31100	Anschaffung Geräte + Mobiliar	39.700	24.400	Grösster Einzelposten ist die Ersatzbeschaffung der Nähmaschinen in der Primarschule

14 Bauabteilung

Kto.	Bezeichnung	BUDGET 1994 AUFWAND	BUDGET 1994 ERTRAG	BUDGET 1993 AUFWAND	BUDGET 1993 ERTRAG	RECHNUNG 1992 AUFWAND	RECHNUNG 1992 ERTRAG
1401	Kommissionen	41.100	0	31.500	0	34.058	0
1403	Verwaltung	389.300	57.500	482.400	45.500	378.126	57.800
1405	Ortsplanung	150.000	20.000	150.000	20.000	155.940	0
1407	Vermessung	53.000	500	63.000	500	13.064	0
1411	Personal Werkdienst	409.300	408.800	447.600	447.600	404.373	404.373
1430	Werkhof	225.200	500	117.000	500	163.622	500
1440	Unterhalt Strassen + Anl.	142.500	0	172.300	0	154.066	0
1441	Winterdienst	25.700	0	37.100	0	19.608	0
1445	Ausbau Strassen + Anl.	94.700	0	226.000	0	75.538	0
1446	Plätze + Anlagen	312.900	0	317.000	0	261.306	0
1447	Schwimmbäder	109.000	36.000	112.000	36.000	111.985	37.302
1450	Kanalisation + Kläranlage	427.000	480.000	272.000	270.000	256.543	315.384
1460	Abfallbeseitigung	1.120.900	500.000	1.188.400	650.000	838.808	307.348
1461	Umweltschutz	26.200	0	31.200	0	18.022	0
1480	Verkehrswesen	250.900	3.000	251.800	3.000	197.009	0
	TOTAL	***3.777.700***	***1.506.300***	***3.899.300***	***1.473.100***	***3.082.068***	***1.122.707***
	Nettoaufwand	***2.271.400***		***2.426.200***		***1.959.361***	

Konto		Bezeichnung	BUDGET 1994	BUDGET 1993	BUDGET BEGRÜNDUNGEN
1430	31100	Anschaffung Maschinen + Fahrzeuge	73.000	10.000	Ersatz der Hako Maschine, da hohe Reparaturen und somit unwirtschaftlich
1446	31400	Unterhaltsarbeiten durch Dritte	119.000	77.000	Grössere Posten betreffen die Sanierung des Allwetterplatzes und der Weitsprunganlage
1450	36400	Betriebskostenbeitrag ARA	370.000	210.000	Höhere Kosten infolge neuem Verteiler, seit Ende 1992 in Kraft
1450	43400	Unterhaltsgebühren	360.000	170.000	Um die Kostendeckung gemässs Reglement zu erreichen, muss die ARA Gebühr von Fr. -.50 auf Fr. -.80 erhöht werden
1460	43400	Kehrichtabfuhrgebühren	500.000	650.000	Voraussichtlich geringerer Kehrichtanfall, gerechnet wird mit 1'000 t à Fr. 500.--

15 Polizei- und Gesundheitsabteilung

Kto.	Bezeichnung	BUDGET 1994 AUFWAND	BUDGET 1994 ERTRAG	BUDGET 1993 AUFWAND	BUDGET 1993 ERTRAG	RECHNUNG 1992 AUFWAND	RECHNUNG 1992 ERTRAG
1505	Verwaltung	18.000	0	10.000	0	8.000	0
1510	Polizeiwesen	112.100	10.000	81.600	14.000	49.534	29.163
1530	Marktwesen	0	1.500	0	1.000	0	1.520
1540	Gesundheitswesen	819.700	9.000	1.104.900	5.000	673.040	8.459
1550	Friedhof- + Bestattungswesen	57.700	500	59.300	500	49.828	1.153
	TOTAL	***1.007.500***	***21.000***	***1.255.800***	***20.500***	***780.402***	***40.296***
	Nettoaufwand	***986.500***		***1.235.300***		***740.106***	

Konto		Bezeichnung	BUDGET 1994	BUDGET 1993	BUDGET BEGRÜNDUNGEN
1510	30800	Verkehrsplanung, Erhebungen	50.000	20.000	Projektierung von verkehrsberuhigenden Massnahmen und Konzepterarbeitung des öffentlichen Verkehrs
1510	39000	Verrechnete Miete Büro Polizeiposten	20.000	0	Neues Konto, ersetzt Kto. 31601
1540	36104	Defizitbeitrag Krankenanstalten	435.000	772.000	Wegfall der einmaligen Doppelzahlung im Jahre 1993, infolge Abrechnungsumstellung
1540	36107	Beitrag an Alterszentrum Dreilinden	150.000	105.000	Vermehrter Pflegeaufwand aufgrund der Altersstruktur

16 Wehrabteilung

Kto.	Bezeichnung	BUDGET 1994 AUFWAND	BUDGET 1994 ERTRAG	BUDGET 1993 AUFWAND	BUDGET 1993 ERTRAG	RECHNUNG 1992 AUFWAND	RECHNUNG 1992 ERTRAG
1605	Verwaltung	121.700	56.000	120.900	56.000	107.998	46.262
1610	Feuerschau	48.300	10.000	45.000	10.000	40.264	7.500
1620	Feuerwehrdienst	200.100	65.500	164.800	63.500	142.759	57.914
1630	Feuerwehrdepots	145.600	18.500	205.700	37.500	146.202	23.669
1640	Militäreinquartierungen	31.000	75.000	5.500	15.000	6.969	15.036
1650	Schiesswesen	5.000	0	5.000	0	2.427	0
1660	Zivilschutz	147.000	22.800	132.700	19.500	161.259	8.862
1670	Notorganisation	3.600	0	6.100	0	2.099	0
	TOTAL	***702.300***	***247.800***	***685.700***	***201.500***	***609.976***	***159.243***
	Nettoaufwand	***454.500***		***484.200***		***450.733***	

Konto		Bezeichnung	BUDGET 1994	BUDGET 1993	BUDGET BEGRÜNDUNGEN
1620	31100	Persönliche Ausrüstung, Uniformen	32.000	23.000	Grösster Einzelposten betrifft den Ersatz der Atemschutzhelme mit Visier und Sicherheitsschnarchel
1640	31800	Entschädigungen an Private	30.000	5.000	Bessere Ausnutzung der vorhandenen Räumlichkeiten, entsprechender Mehrertrag auf Kto. 45000

17 Sozialabteilung

Kto.	Bezeichnung	BUDGET 1994 AUFWAND	BUDGET 1994 ERTRAG	BUDGET 1993 AUFWAND	BUDGET 1993 ERTRAG	RECHNUNG 1992 AUFWAND	RECHNUNG 1992 ERTRAG
1705	Verwaltung	174.400	24.000	136.900	19.000	148.958	27.633
1710	Fürsorge- + Vormundsch.	8.000	0	7.500	0	837	0
1715	Unterstützung gem. Bundesg.	250.000	140.000	250.000	140.000	211.625	168.152
1716	Unterst. gem. Asylgesetz	254.700	229.000	317.000	268.000	298.541	304.172
1720	Sozialfürsorge	87.800	4.000	47.300	6.000	31.125	0
1730	Wohnungsfürsorge	5.000	0	6.000	0	5.675	0
1750	Bevorschussung Alimente	34.000	8.000	20.000	5.000	19.766	3.580
	TOTAL	***813.900***	***405.000***	***784.700***	***438.000***	***716.526***	***503.538***
	Nettoaufwand	***408.900***		***346.700***		***212.989***	

Konto		Bezeichnung	BUDGET 1994	BUDGET 1993	BUDGET BEGRÜNDUNGEN
1705	39000	Verrechnete Löhne AHV Zweigstelle	37.000	0	Neu werden die effektiven Kosten mittels interner Verrechnung ausgewiesen, der Kantonsbeitrag wird auf dem Kto. 46100 ausgewiesen
1716	30100	Gehälter	189.800	240.000	Reduktion um 50 % des Pensums einer Betreuungsperson
1716	45200	Kostenanteil Cham/Hünenberg	110.000	150.000	Anpassung an die Kosten, Anteil Cham 50 %, Hünenberg 25 %
1720	36401	Zugerische Werkstätte für Behinderte	46.000	1.000	Anteil Risch an Neubau Alterswohnheim für Behinderte ZUWEBE
1750	36600	Bevorschussungen	20.000	10.000	Auswirkungen des neuen Alimentenbevorschussungsgesetzes

Investitionsrechnung

Kto.	Bezeichnung	BUDGET 1994 AUSGABEN	BUDGET 1994 EINNAHMEN	BUDGET 1993 AUSGABEN	BUDGET 1993 EINNAHMEN
	GESAMTTOTAL	***7.140.000***	***2.629.000***	***5.171.000***	***2.585.000***
12	***FINANZABTEILUNG***	***270.000***	***0***	***0***	***0***
B17	Ersatz EDV Anlage S/36	270.000			
14	***BAUABTEILUNG***	***6.700.000***	***2.629.000***	***5.054.000***	***2.585.000***
	TIEFBAU	***3.640.000***	***2.629.000***	***1.500.000***	***2.135.000***
63100	Landverkauf Gössimatte		2.035.000		2.035.000
50102	Erschliessung Gössimatte	1.500.000		1.500.000	
63100	Kostenanteil Dritter		100.000		100.000
B3	Berchtwilerstrasse, Ausbau	170.000			
B3	Berchtwilerstrasse, Perimeter		90.000		
B4	Öff. Verbindungsweg Berchtwilerstr.	80.000			
B5	Sanierung 110 m Laufbahn	110.000			
B6	Sanierung Tartanplatz	160.000			
B7	Verlängerung unt.Weidstr./Küntwilerstr.	220.000			
B8	Verkehrsberuhigende Massnahmen	200.000			
B8	Anteil Kanton		100.000		
B11	Erschliessung Dorfkern Süd	1.200.000			
B11	Beiträge Dritter Dorfkern Süd		304.000		
	HOCHBAUTEN	***1.020.000***	***0***	***1.780.000***	***0***
50300	Feuerwehr/Zivilschutz			1.000.000	
50300	Schwimmbad Rotkreuz			130.000	
B13	Kleinschulhaus, Anbau, Vordach	800.000			
B14	Sanierung Schulhaus 2 + 3	100.000		500.000	
50305	Sanierung Dach Schulhaus Holzhäusern			150.000	
B16	Sanierung Dach Binzmühle	120.000			
	LANDSCHAFTS- UND UMWELTSCHUTZ	***2.040.000***	***0***	***1.774.000***	***450.000***
50103	Kanalisation UeG, Projekt	40.000		80.000	
50104	Kanalisation UeG	2.000.000		1.500.000	
63100	Kostenanteil Dritter				450.000
56501	Wasserversorgung Rotkreuz			25.000	
56503	Kapelle St. German			169.000	
15	***POLIZEI- UND GESUNDHEITSWESEN***	***110.000***	***0***	***0***	***0***
B18	Männerheim Steinhausen	110.000			
16	***WEHRABTEILUNG***	***60.000***	***0***	***117.000***	***0***
50300	Schiessanlage 300 m, Risch	60.000		60.000	
50600	Ausrüstung priv. + öff. Schutzräume			57.000	

Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission zum Voranschlag für das Jahr 1994 der Einwohnergemeinde Risch

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Die unterzeichneten Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission der Gemeinde Risch haben den Voranschlag der Einwohnergemeinde Risch für das Jahr 1994 geprüft und festgestellt, dass dieser den Vorschriften über den Gemeindehaushalt und das Rechnungswesen sowie der gemeindlichen Zuständigkeitsordnung für Ausgabenbeschlüsse entspricht.

Der Voranschlag 1994 präsentiert sich bei einem geschätzten Aufwand und Ertrag von je Fr. 23'351'500.-- ausgeglichen. Erfreulich ist die Feststellung, dass die vorgesehenen Aufwendungen gegenüber dem Voranschlag 1993 etwas geringer sind.

Das Investitionsprogramm sieht für das Jahr 1994 geplante Investitionen von insgesamt Fr. 3'046'000.-- vor. Für diese Kredite werden vom Gemeinderat entsprechende Anträge vorgelegt.

Trotz der anstehenden grossen Investitionen im Bereich Kanalisationen ist eine Steuersenkung von 96 % um 5 % auf 91 % des kantonalen Einheitssatzes vorgesehen. Diese Steuersenkung ist bei den gegebenen Voraussetzungen vernünftig und wird zur Annahme empfohlen.

Aufgrund der vorgenommenen Überprüfung b e a n t r a g e n wir:

1. den Voranschlag für das Jahr 1994 zu genehmigen;
2. den Steuerfuss für das Jahr 1994 mit 91 % des kantonalen Einheitssatzes und die Personalsteuer mit Fr. 10.-- pro selbständig steuerpflichtige Person zu genehmigen.

Risch/Rotkreuz, 04. November 1993 DIE RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

H. Stuber

K. Stuber

P. Fuchs

Finanzplan 1993 - 1998

Traktandum

3

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Wir unterbreiten Ihnen den Finanzplan 1993 - 1998. Nebst den bewilligten Investitionen von ca. Fr. 4,9 Mio. stehen auch für die Zukunft neue Investitionen von rund Fr. 18 Mio. an.

Die geplanten und bewilligten Investitionen sind aus den Tabellen ersichtlich, ebenso die Auswirkungen, welche im Detail nachfolgend erläutert werden:

A) Bewilligte Kredite

Die Positionen Dach- und Fassadenrenovation Schulhaus 4 sowie Alterszentrum Dreilinden wurden in der Rechnungslegung 1992 abgerechnet und erscheinen nicht mehr auf dieser Liste.

Folgende Vorhaben wurden durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 28. Juni 1993 beschlossen und erscheinen somit neu unter den bewilligten Krediten:

- Freie Baugenossenschaft Risch-Rotkreuz
- Zweckverband Notschlachtanlage
- Kanalisation UeG: Bau
- Kanalisation UeG: Perimeter

B) Noch nicht bewilligte Kredite

Von Jahr zu Jahr werden diese Positionen durch Überarbeitung oder Veränderung der Projekte den neuen Gegebenheiten angepasst.

B1 Ausbau Birkenstrasse, netto Fr. 1'760'000.-- Der Ausbau der Birkenstrasse ist seit einigen Jahren immer wieder hinausgeschoben worden. Mit der möglichen Realisierung der Überbauung Bahnhofmatte drängt sich der Ausbau der Birkenstrasse im Jahre 1995 auf. Die Anstösser werden dannzumal perimeterpflichtig.

B2 Ausbau Blegistrasse, netto Fr. 390'000.-- Gleichzeitig mit dem Ausbau der Birkenstrasse ist der Ausbau der Blegistrasse vorzunehmen. Die Anstösser werden dannzumal perimeterpflichtig.

B3 Ausbau Berchtwilerstrasse, netto Fr. 80'000.-- Die Überbauung an der Berchtwilerstrasse ist im Gang und Ende 1994 bezugsbereit. Zusammen mit den Umgebungsarbeiten ist bei diesem Teilstück der Gemeindestrasse der Endausbau vorzunehmen.

B4 Öffentlicher Verbindungsfussweg Berchtwilerstrasse/Industriestrasse, Fr. 80'000.-- Im Zusammenhang mit der laufenden Überbauung Berchtwilerstrasse ist es sinnvoll, dass der geplante Verbindungsweg gleichzeitig ausgeführt wird.

B5 Sanierung 110 m Laufbahn, Fr. 110'000.-- Die 110 m Laufbahn weist sehr viele Schäden auf. Der Belag sowie teilweise der Unterbau muss ersetzt werden.

A) Investitionsprogramm 1993 - 1998 bewilligte Kredite

	in 1'000 Fr.	Kreditbeschluss	Bewilligte Kredite Jun.93	Getätigte Investition Dez.92	Saldo	Investition 1993	Geplante Investition 1994	Geplante Investition 1995	Geplante Investition 1996	Geplante Investition 1997	Geplante Investition 1998
A1	Freiraum Dorfmatt/Alterszentrum	18.06.1990	1.280	1.280	0						
A2	Kanalisation: UeG Projektierung	27.06.1988	250	170	80	40	40				
A3	Private Schutzraumausrüstung	11.12.1989	430	377	53	53					
A4	Projekt Schiessanlage	27.06.1988	25	25	0						
A5	Schiessanlage 300 m	26.06.1989	390	330	60		60				
A6	Sanierung Heizanl. Schulhäuser	10.12.1991	772	0	772	772					
A7	Landverkauf Gössimatte	29.06.1992	-2.035	0	-2.035		-2.035				
A8	Erschliessung Gössimatte	29.06.1992	1.818	0	1.818		1.500	318			
A9	Gössimatte 1. Anteil Perimeter	29.06.1992	-460	0	-460		-100	-360			
A10	Kapelle St. German	29.06.1992	169	0	169	169					
A11	Wasserversorgung: Ausbau	Konzession	625	650	-25	-25					
A12	Schwimmbadsanierung	10.12.1991	260	0	260	260					
A13	Sanierung Schulh. Holzhäusern	09.12.1992	180	0	180	180					
A14	Freie Baugen. Risch-Rotkreuz	28.06.1993	225	0	225	225					
A15	Zweckverband Notschlachtanlage	28.06.1993	136	0	136	136					
A16	Kanalisation UeG: Bau	28.06.1993	4.068	0	4.068		2.000	1.500	568		
A17	Kanalisation UeG: Perimeter	28.06.1993	-429	0	-429			-400	-29		
	Total bewilligte Kredite		**7.704**								
	davon ausgeführte Investitionen			**2.832**							
	davon ausstehende Investitionen				**4.872**	**1.810**	**1.465**	**1.058**	**539**	**0**	**0**

B) Investitionsprogramm 1994 - 1998
noch nicht bewilligte Kredite

	in 1'000 Fr.	Total	Geplante Investition 1994	Geplante Investition 1995	Geplante Investition 1996	Geplante Investition 1997	Geplante Investition 98 + ff
	TIEFBAU:	**6.510**	**1.646**	**3.330**	**1.990**	**920**	**-1.376**
B1	Birkenstrasse: Ausbau	3.520		1.000	1.000	1.520	
	Birkenstrasse: Perimeter	-1.760		-560	-600	-600	
B2	Blegistrasse: Ausbau	800		800			
	Blegistrasse: Perimeter	-410		-410			
B3	Berchtwilerstrasse: Ausbau	170	170				
	Berchtwilerstrasse: Perimeter	-90	-90				
B4	Öff. Verbindungsweg Berchtwilerstr.	80	80				
B5	Sanierung 110 m Laufbahn	110	110				
B6	Sanierung Tartanplatz, Meierskappelerstr.	160	160				
B7	Verlängerung unt. Weidstr. bis Küntwilerstr.	220	220				
B8	Verkehrsberuhigende Massnahmen	200	200				
	- Anteil Kanton	-100	-100				
B9	Lärmschutz SBB/Strasse	1.000		500	500		
B10	Öffentliche Verkehrsanlagen	1.000		500	500		
B11	Erschliessung Dorfkern Sud, Bahnhofplatz	3.290	1.200	1.500	590		
	Beiträge Dritter, Dorfkern	-1.680	-304				-1.376
	HOCHBAU:	**11.580**	**1.020**	**6.710**	**5.310**	**-1.250**	**-210**
B12	Feuerwehr/Zivilschutz	5.000		2.500	2.500		
	- Subvention	-380		-190	-190		
B13	Kleinschulhaus, Anbau SH 3, Vordächer	6.500	800	4.000	1.700		
B14	Sanierung Schulhäuser 2 + 3	1.800	100	400	1.300		
B15	Umbau Schulhaus 1	700				700	
	- Subvention	-2.160				-1.950	-210
B16	Sanierung Dach Binzmühle, Mittelhaus	120	120				
	ÜBRIGE:	**380**	**380**	**0**	**0**	**0**	**0**
B17	Ersatz EDV IBM S/36	270	270				
B18	Männerheim Steinhausen	110	110				
	TOTAL:	**18.470**	**3.046**	**10.040**	**7.300**	**-330**	**-1.586**

B6 *Sanierung Tartanplatz, Meierskappelerstrasse, Fr. 160'000.--* Der Tartanbelag ist infolge normaler Abnutzung für ein gefahrloses Benützen nicht mehr spielfähig. Der Belag muss entfernt und neu aufgetragen werden.

B7 *Verlängerung Untere Weidstrasse bis Küntwilerstrasse, Fr. 220'000.--* Zur Erledigung der hängigen Motion werden Vorschläge und Anträge unterbreitet.

B8 *Verkehrsberuhigende Massnahmen Weidstrasse/Waldetenstrasse, netto Fr. 100'000.-* Zur Erledigung der hängigen Motion und der prekären Verkehrssicherheit werden Vorschläge und Anträge unterbreitet.

B9 *Lärmschutz SBB/Strasse, Fr. 1'000'000.--* In den kommenden Jahren muss mit den SBB eine gangbare Lösung des Lärmschutzes erarbeitet werden, da die Lärmbelastung durch die SBB aber auch durch die stark befahrenen Strassen für unser Dorf untragbar ist. Dabei ist auf die Gestaltung und das Dorfbild entsprechend Rücksicht zu nehmen.

B10 *Öffentliche Verkehrsanlagen, Fr. 1'000'000.--* Auf der Nordseite des Bahnhofes ist die Fussgängerunterführung zu verlängern und benützerfreundlicher zu gestalten. Im weiteren sind Bushaltestellen und gedeckte Personenunterstände, gedeckte Veloeinstellplätze sowie einige öffentliche Parkplätze als Park + Ride für den Bahnhof geplant.

B11 *Erschliessung Dorfkern Süd, Bahnhofplatz mit Autoeinstell- und Parkplätzen, netto Fr. 1'610'000.--* Mit der gemeinsamen Erschliessung ab der Buonaserstrasse für die privaten Neubauten soll gleichzeitig der Bahnhofplatz samt Bushaltestellen, Velounterständen und öffentlichem Parking mit Liftzugang realisiert werden. Die öffentlichen Parkplätze sind eine Ergänzung zu den Parkplätzen im Dorfmatt und können für Park + Ride, als Einkaufsparkplätze sowie bei Abendveranstaltungen im Dorfmatt benützt werden.

B12 *Feuerwehr/Zivilschutz, netto Fr. 4'620'000.--* Es ist vorgesehen, den Werkhof im heutigen Feuerwehrdepot unterzubringen. Die Planung eines neuen Feuerwehrgebäudes sowie Lagerraum für den Zivilschutz ist auf der Nordseite von Rotkreuz vorgesehen.

B13/B14/B15 *Kleinschulhaus, Renovation Schulhäuser 2 + 3, Umbau Schulhaus 1 für Musikschule, netto Fr. 6'840'000.--* Siehe ausführlicher Antrag Kreditgenehmigung für die Projektierung.

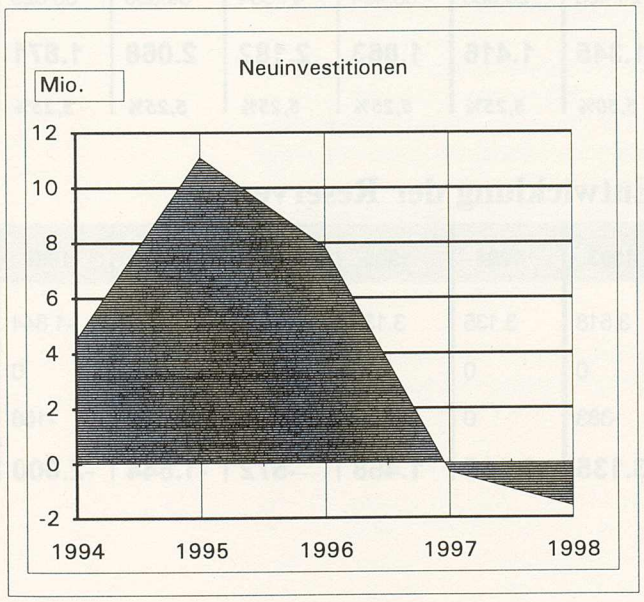
B16 *Sanierung Dach Binzmühle, Fr. 120'000.--* Beim Mittelteil sind grössere undichte Stellen vorhanden, die nur mit einer Neubedachung, inklusive Verstärkung der Balkenkonstruktion, behoben werden können.

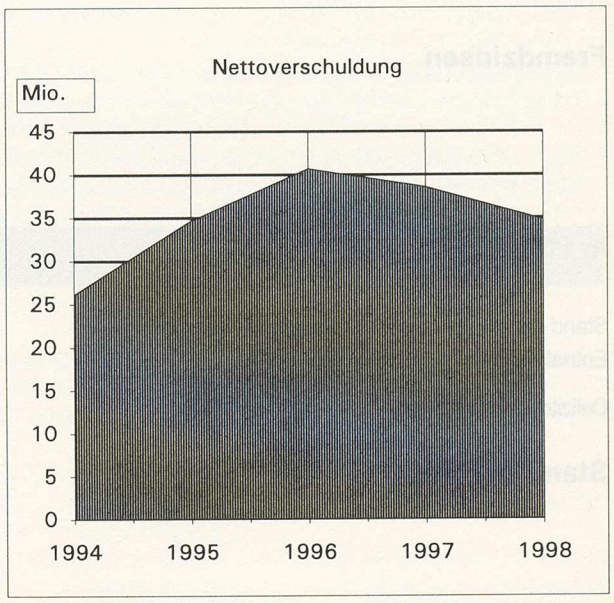
B17 *Ersatz EDV Anlage S/36, Fr. 270'000.--* Siehe ausführlicher Antrag für Kreditgenehmigung.

B18 *Männerheim Steinhausen, Fr. 110'000.--* Siehe ausführlicher Antrag für Kreditgenehmigung.

C) Zu tilgende Aufwendungen und Abschreibungen

	in 1'000 Fr.	1993	1994	1995	1996	1997	1998
1.	Verwaltungsvermögen per 01. Januar	24.341	21.330	23.257	30.919	34.883	31.097
2.	- Ertragsüberschuss (a.o. Abschreibung)	-2.451	0	0	0	0	0
3.	+ Übertrag vom Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0
4.	Bewilligte Neuinvestitionen	1.810	1.465	1.058	539	0	0
5.	Noch nicht bewilligte Neuinvestitionen	0	3.046	10.040	7.300	-330	-1.586
6.	Verwaltungsvermögen vor Abschreibung	23.700	25.841	34.355	38.758	34.553	29.511
7.	Abschreibung 10 %	-2.370	-2.584	-3.435	-3.876	-3.455	-2.951
	Stand der zu tilgenden Aufwendungen per 31. Dezember	**21.330**	**23.257**	**30.919**	**34.883**	**31.097**	**26.560**





D) Nettoverschuldung, Zinsbelastung und Reserven

Entwicklung der Nettoverschuldung:

in 1'000 Fr.	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Fremdkapital gem. Bilanz per 01. Januar	33.829	23.615	26.139	34.653	40.723	38.558
Finanzvermöglich ohne Liegenschaften und Rückstellungen, plus Kreditoren	-12.024					
Neuinvestitionen netto	1.810	4.511	11.098	7.839	-330	-1.586
- CASH FLOW Vorjahr		1.987	2.584	1.769	1.836	2.184
Nettoverschuldung der Gemeinde per 31. Dezember	**23.615**	**26.139**	**34.653**	**40.723**	**38.558**	**34.788**

Entwicklung der Zinsbelastung:

in 1'000 Fr.	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Fremddarlehen	29.035	24.456	26.980	35.494	41.564	39.399
Darlehenrückzahlung	-2.000	-5.520	-5.000	-8.000	0	-6.000
Netto Neudarlehen (nötige Neudarlehen abzüglich Eigenfinanzierung)	-2.579	8.044	13.514	14.070	-2.166	2.230
neuer Stand Fremddarlehen:	24.456	26.980	35.494	41.564	39.399	35.629
Fremdzinsen	**1.345**	**1.416**	**1.863**	**2.182**	**2.068**	**1.871**
	5,50%	*5,25%*	*5,25%*	*5,25%*	*5,25%*	*5,25%*

Entwicklung der Reserven:

in 1'000 Fr.	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Stand der Reserven per 01. Januar (Kto. 2041.5)	3.518	3.135	3.135	1.468	-572	-1.844
Entnahme aus Rückstellungen	0	0	0	0	0	0
Defizitdeckung / Einlage Gewinn	-383	0	-1.667	-2.040	-1.272	-156
Stand der Reserven per 31. Dezember	**3.135**	**3.135**	**1.468**	**-572**	**-1.844**	**-2.000**

E) Statistische Planungsgrundlagen

	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Lehrpersonal (inkl. Musikschule)	60	65	65	66	66	67
Verwaltung, Abwarte, Werkhof	24	28	29	29	29	29
Lohnteuerung	3,00%	2,50%	2,00%	2,00%	2,00%	2,00%
Sachteuerung	3,00%	2,80%	2,00%	2,00%	2,00%	2,00%
Kt. Subvention Lehrergehälter	55%	55%	55%	55%	55%	55%
Bevölkerungsentwicklung	5.700	5.900	6.150	6.350	6.450	6.650
Steuerfussentwicklung in %	96%	91%	91%	91%	91%	91%
Fremdverschuldung pro Kopf	4.143	4.430	5.635	6.413	5.978	5.231

C) Zu tilgende Aufwendungen und Abschreibungen

Der positive Rechnungsabschluss 1992 erlaubte eine Sonderabschreibung von Fr. 2'450'575.12 auf dem Verwaltungsvermögen. Die Auswirkung zeigt sich im Abschreibungsaufwand für 1993 und 1994. Infolge der anstehenden grösseren Bauvorhaben ist jedoch ab dem Jahr 1996 mit einem Anstieg dieses Aufwandpostens zu rechnen.

D) Entwicklung der Verschuldung und Reserven

Die Entwicklung der Verschuldung erhält vorwiegend in den Jahren 1995 und 1996 einen starken Zuwachs. Die geplanten Neuinvestitionen von Fr. 11 Mio. und 7,8 Mio. sind die Ursache. Durch die voraussichtliche Verringerung der Ertragsüberschüsse ist eine Reduzierung der Fremdverschuldung erst wieder ab 1998 möglich. Es muss damit gerechnet werden, dass ab 1996 die Steuern wieder angehoben werden müssen, sofern die Ertragslage nicht gestärkt werden kann.

E) Statistische Planungsgrundlagen

Die Tabelle dient als Grundlage für die Finanzplanung. Der Gemeindehaushalt kann voraussichtlich mit dem Steuerfuss von 91 % bis 1996 aufrecht erhalten werden. Sollte sich die Ertragskraft nicht wesentlich verbessern, muss infolge der hohen Investitionen mit Steuererhöhungen gerechnet werden, um die pro Kopf Verschuldung zu senken. Die Bevölkerungszahl wird sich in dieser Zeitperiode um 10 % erhöhen. Als Grundlage dienen die Wohnbauprogramme sowie die Schulraumplanung. Zu beachten ist, dass die Anzahl der Lehrpersonen ab 1994 auch die Musikschullehrer enthält. Die Steigerung der Anzahl Lehrpersonen wird mit 3 % angenommen.

F) Verwaltungsrechnung 1993 - 1998

Diese Planrechnung basiert auf der laufenden Rechnung. Für die Jahre 1995 bis 1998 wird aufgrund der statistischen Plandaten hochgerechnet. Grosse Auswirkungen zeigt dabei die Entwicklung des Steuerfusses, die Wohnbevölkerung und der Zuzug von weiteren finanzkräftigen Firmen auf den Steuerertrag. Die Abschreibungen widerspiegeln die Investitionsvorhaben. Es ist zu befürchten, dass bei Eintreten der Planungsgrundlagen künftig mit negativen Rechnungsergebnissen gerechnet werden muss. Ein sparsames Handhaben der Gemeindefinanzen ist sehr wichtig.

Abschliessend halten wir fest, dass in jeder Finanzplanung über einen Zeitraum von fünf Jahren gewisse Risiken enthalten sind. Vergleiche mit den Vorjahren zeigen jedoch, dass die Prognosen strukturell dem späteren Ergebnis entsprachen.

Der Gemeinderat b e a n t r a g t :

vom vorliegenden Finanzplan 1993 - 1998 sowie vom Investitionsprogramm Kenntnis zu nehmen.

Risch/Rotkreuz, 09. November 1993

NAMENS DES GEMEINDERATES RISCH
Der Präsident: R. Knüsel

Der Gemeindeschreiber: R. Barmettler

Kreditbegehren für den Ersatz des IBM System 36 und Ausbau zu einer integrierten Gemeindelösung - Bericht und Antrag des Gemeinderates

Traktandum

4

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Die Gemeindeverwaltung Risch arbeitet seit 1985/86 mit EDV Hilfsmitteln. Es bestehen die folgenden Hauptanwendungsgebiete.

- Eigene EDV Anlage IBM System 36 für die Bearbeitung der Einwohnerkontrolldaten.
- Mittels einer PTT Leitung zur kantonalen Datenverarbeitung (ZDV) in Zug wird die Buchhaltung, Lohnverarbeitung und Fakturierung geführt.
- Die Textverarbeitung und Tabellenkalkulationen werden in einem Verbund von mehreren PC (Netzwerk, LAN) erledigt.

Hohe Anforderungen an die Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit wird an das EDV System für die wichtigen Datenbestände Einwohnerkontrolle gestellt. Die Belastung des System 36 hat die Grenze des Verantwortbaren erreicht. Aus Sicherheitsgründen und auch Gründen der Wirtschaftlichkeit verlangte der Gemeinderat eine neutrale Beurteilung der gesamten EDV Situation in der ganzen Verwaltung. Daraus entstand ein EDV Einsatzkonzept mit den Schwerpunkten Ist-Zustand, Schwachstellenanalyse, Zielsetzungen und Lösungsweg.

Der Ist-Zustand und die Schwachstellenanalyse zeigten eindeutig, dass die heutigen EDV Kosten nicht mehr im richtigen Verhältnis zum Nutzen stehen. Zu grosser Aufwand wird infolge unterschiedlicher Systeme erbracht und bedingt zeitraubende Doppelerfassungen von Texten, Adressen, Statistiken und Auswertungen. Eine Erneuerung der heutigen EDV wird als dringend und notwendig erachtet. Die Analysen ergaben, dass eine integrierte Gemeindelösung die folgenden Zielsetzungen erfüllen kann:

- Elimination von Doppel- und Mehrfacherfassungen, d.h. freie Kapazitäten für wichtige neue Aufgaben schaffen und somit Kosten einsparen
- Tagfertige Finanzbuchhaltung, d.h. sofortige Kostenkontrolle, laufende Bauvorhabenüberwachung, verbesserter Geldfluss, Zeiteinsparung für Auswertungen für alle Abteilungen
- Ausrichtung auf Standardsoftware mit offenem Betriebssystem (UNIX) gemäss Vorgaben der Schweiz. Informatikkonferenz SIK, d.h. Investitionsschutz für die Zukunft, kein Zusatzprogrammieraufwand
- Miliztauglichkeit, d.h. keine EDV Spezialisten im Haus, Wartung über kostengünstige Fernwartung durch FIDES
- Insellösungen auf nötiges Minimum reduzieren, d.h. Harmonisierung aller Anwendungen mit direktem Datentransfer, Zeiteinsparung durch einheitlichen Datenzugriff, volle Integration in bestehende Netzwerkumgebung

Daraus entstand eine intensive, auf die Zielsetzungen gerichtete Evaluation. Alle Schritte dieses Vorgehens erfolgten unter Mitwirkung des neutralen und bestens ausgewiesenen Informatikspezialisten, Herr Büeler von der Beratungsfirma RCI in Luzern.

Vorwiegend war die Leistungsfähigkeit der Softwareprogramme ausschlaggebend, so dass die Applikationen LARIX von BULL zur Beschaffung empfohlen werden. Die dazugehörende Hardware schafft die Voraussetzungen, dass ein reibungsloser Betrieb der modernen Anwendungen sichergestellt wird.

Für unsere Gemeinde steht das bürgernahe und wirtschaftliche Behandeln der Verwaltungsaufgaben, zusammen mit der Sicherheit der Datenbestände an erster Stelle. Weiter sind die jährlich anfallenden EDV Kosten von Bedeutung. Die Kostenanalyse der aktuellen EDV zeigte klar, dass mit der geplanten Investition Kosten gespart werden. Der Auftrag, wirtschaftlich zu handeln, bedingt entsprechende EDV Mittel. Aus diesen Überlegungen ist die empfohlene EDV Lösung für die Zukunft der Gemeinde richtig und nötig. Das Vorhaben wird mit Fr. 270'000.-- budgetiert und setzt sich wie folgt zusammen:

Hardware Systeme (Zentralrechner, Speicher, Drucker, Modem)	Fr. 159'861
Software Systeme (Applikationen für Einwohnerkontrolle, Buchhaltung, Lohnwesen, Fakturierung)	Fr. 110'139
Total Investition	Fr. 270'000

Um die Möglichkeit einer zentralen, beim Kanton eingebundenen Einwohnerkontrolle in die Evaluation einbeziehen zu können, wird das Vorhaben in zwei Etappen realisiert: Primär die Buchhaltung, das Lohnwesen und die Fakturierung. Im zweiten Schritt folgt, jedoch erst nach Vorliegen aussagekräftiger Informationen von der ZDV, die Einwohnerkontrolle.

Mit der Genehmigung des Kredites kann bereits ab Rechnungsjahr 1994 das gesamte Finanzwesen geführt und möglicherweise ab Mitte 1994 die Einwohnerkontrolle integriert werden.

Der Gemeinderat stellt der Gemeindeversammlung aufgrund der erwähnten Ausführungen den

ANTRAG:

Es sei

für die Ersatzbeschaffung des EDV IBM System 36 und der Ausbau zu einer integrierten Gemeindelösung ein Kredit von Fr. 270'000.-- zu Lasten der Investitionsrechnung zu bewilligen.

Risch/Rotkreuz, 09. November 1993

NAMENS DES GEMEINDERATES RISCH
Der Präsident: R. Knüsel

Der Gemeindeschreiber: R. Barmettler

Genehmigung des Projektierungskredites für die Erweiterung der Schulanlage Rotkreuz

- Bericht und Antrag des Gemeinderates

Traktandum

5

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Um die künftige Entwicklung des Schulraumbedarfes abzuklären, hat der Gemeinderat im Jahre 1991 die Kommission "Schulraumplanung 2000" eingesetzt. Gleichzeitig hatte die Kommission die in nächster Zeit erforderlichen Sanierungs-, Ausbau- und Gestaltungsarbeiten etc. für die Schulanlage Rotkreuz aufzuzeigen.

1. Basisfaktoren:

Folgende Faktoren beeinflussen den Schulraumbedarf:

1.1. Geburtenrate/Wohnbautätigkeit

Die durchschnittliche Geburtenrate betrug in der Periode 1985 bis 1992 effektiv 1.734 %. Die Schulraumplanung von 1982 rechnete mit einer Geburtenrate von 1.74 %, d.h. 1.74 Kinder pro hundert Einwohner. Die damaligen Planungszahlen für die Geburtenprognose trafen somit sehr genau ein.

Die Entwicklung der gemeindlichen Geburtenraten zeigt deutlich auf, dass sich auch in der Gemeinde Risch die Geburtenrate auf das schweizerische Niveau von 1.1 % zubewegt, sofern die Wohnbautätigkeit gegen Null abflacht.

Aufteilung auf Schulorte:	Rotkreuz	85.36 %
	Risch	10.15 %
	Holzhäusern	4.33 %

1.2. Das neue Schulgesetz

KG-Eintritt: Das neue Schulgesetz schreibt den Gemeinden vor, allen Kindern während ein bis zwei Jahren vor Eintritt der Schulberechtigung den Besuch des Kindergartens zu ermöglichen. Ein Abweichen von der bisherigen Praxis der Gemeinde Risch (ein Jahr vor Schulberechtigung plus fünf Monate für fremdsprachige Kinder) ist nicht zwingend, so dass momentan aufgrund der Geburtenraten mit höchstens einem zusätzlichen Kindergarten zu rechnen ist. Die Aenderung der Klassengrössen (Richtzahl/Höchstzahl) nimmt den Gemeinden für die Führung der Regelklassen die bisherige Flexibilität, welche ein zeitweises Ueberschreiten erlaubte. Der Erziehungsrat kann in besonderen Fällen eine Ueberschreitung der Höchstzahl bewilligen.

Bei einer Einführung des schulfreien Samstags würde der Raumbedarf an Fachzimmern (Textiles Werken, Werken) für die Primarschule und an Zimmern für die Musikschule ansteigen.

1.3. Lehrplan-Aenderungen

Als direkte Auswirkung der Schulgesetz-Revision fliesst die bis zum Schuljahr 1996/97 zu verwirklichende gleiche Ausbildung für Knaben und Mädchen in unsere Planung ein. Auch hier ist wiederum ein Mehrbedarf an Zimmern für textiles und nicht-textiles Werken zu erwarten, insbesondere heute schon diese Zimmer der Primarschule vollständig ausgelastet sind. Reserven sind einzig am Samstag vorhanden.

1.4. Integration oder Separation

In der Volksschule stehen in den folgenden Jahren Fragen an, die - obwohl ganz unterschiedlich gelagert - nach demselben Grundsatz von Separation oder Integration beantwortet werden müssen: Gemeint sind insbesondere die Schulung lernbehinderter Kinder, die Schulung fremdsprachiger Kinder sowie die Weiterentwicklung der Sekundarstufe I.

Führung der Kleinklasse B: Zur Zeit ist kantonal die Strukturierung der Kleinklasse in separierender (wie heute) oder integrierender Art in Diskussion. Gesamtschweizerische Tendenzen zielen eher auf integrierende Führung (Stamm-Fördergruppen-Modell) ab, was als direkte Auswirkung die zusätzliche Bereitstellung eines zusätzlichen Klassenzuges zur Folge hätte

(d.h. vier Klassen parallel und die entsprechenden Zimmer zusätzlich). Nach diesem Modell, das den lernbehinderten Kindern den Verbleib in der Regelklasse erlaubt, sie aber für bestimmte Fächer (Deutsch, Mathematik) in Fördergruppen zusammenbringt, könnten die heute doch teilweise nahe der Höchstzahl geführten Klassen kleiner geführt werden. Eine Umorganisation der separierenden in eine integrierende Führung der Kleinklassen ist also insofern für die Raumplanung bedeutungsvoll, als bei einer integrierenden Struktur Klassenzimmer von der Normgrösse 72 m2 beansprucht werden.

Gesellschaftliche Veränderungen: Durch die Erleichterung des Familiennachzuges ausländischer Arbeitnehmer ergeben sich schon heute spezifische Probleme bei der Integration in Regel- und Normalklassen. Ist der Anteil fremdsprachiger Kinder zu hoch, wird das Erreichen von Lehrplanzielen durch die Lehrpersonen sehr schwierig. Neu ist, dass den ausländischen Kindern nicht mehr nur die sprachlichen, sondern auch und vor allem die kulturellen Voraussetzungen für eine rasche Eingliederung in unsere Schulen fehlen. Damit ist die Frage nach der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Schule gestellt. Insofern ist die heutige Schulkonzentration von Rotkreuz wiederum günstig, indem die fremdsprachigen Kinder auf verschiedene Klassen aufgeteilt werden können, was bei einem Quartierschulhaus (z.B. Binzmühle, Vanoliwohnungen an der Berchtwilerstrasse) eher zu Problemen führen müsste. Ein Ausbau des Deutschunterrichtes für fremdsprachige Kinder ist aber absehbar, was wiederum einen entsprechenden Raumbedarf nach sich zieht.

Reform der Sekundarstufe I: Zur Zeit wird ein entsprechendes Anliegen (Volksinitiative, resp. Motion des Kantonsrates) in die Bearbeitung auf der Ebene des Erziehungs-/Regierungsrates gelangen. Auch hier ist wiederum der Klassenraum-Mehrbedarf unbekannt. Für den heutigen Standort der Oberstufen-Anlage sprach damals die Tatsache, dass die bisherigen Schulhäuser (insbesondere Schulhaus 3) dereinst umgebaut und in die neue Oberstufe integriert werden könnten, sofern der Bedarf über 14 Klassenzimmer hinausgehe. Hingegen wurde der Bedarf an Fachräumlichkeiten mit Ausnahme der Zimmer für das Textile Werken für ca. 20 Klassen ausgelegt. Während der Detailprojektierung musste nämlich auf ein Handarbeitszimmer zugunsten eines Informatikzimmers verzichtet werden. Dieses Weglassen ist aber schon heute spürbar, indem Handarbeitsklassen zur Stundenplanoptimierung (ungleiche Anteile Knaben/Mädchen, Zusammenlegung von Klassen zu einer Handarbeitsklasse etc.) in die für die Primarschule vorgesehenen Zimmer verlegt werden müssen.

Wir gehen aber davon aus, dass diese Reform mit der heutigen Raum- und Schülerstruktur verkraftbar ist.

1.5. Gewährleistung der Werksicherheit

Die Schule von morgen hat junge Menschen so zu bilden und auszubilden, dass sie den komplexen Herausforderungen nicht nur im Berufsleben, sondern im Alltag überhaupt gewachsen sein können; die ganzheitliche Förderung ihrer Persönlichkeit ist daher entscheidend. Die Schule stärkt sie dabei sowohl in ihrer Individualität wie auch in ihrer Gemeinschaftsfähigkeit. Die Unterrichtsformen tragen diesem Umstand Rechnung. Ethische Gesichtspunkte und musische Elemente werden im Unterricht stärker berücksichtigt. Die unmittelbare Auseinandersetzung mit Kulturschaffenden aus Theater, Film, Musik, Bildender Kunst oder Tanz belebt den Unterricht. Ein Raum, wie uns heute im Singsaal zur Verfügung steht, muss weiterhin, ja sogar erweiterte Möglichkeiten offenlassen.

Mit Beschluss vom 11. Juni 1991 hat der Gemeinderat beschlossen, das im Jahre 1957 erstellte Singsaalgebäude abzubrechen, da in den letzten Jahren erhebliche Schäden an der Gebäudehülle entstanden und wesentliche Risse sichtbar geworden sind. Eine Ueberprüfung der Gebäudehülle durch das Ingenieurbüro Winkler und Partner AG hat verschiedene negative Ergebnisse gezeigt; das Ingenieurbüro empfiehlt angesichts der hohen zu erwartenden Sanierungskosten das Gebäude abzubrechen und mit einem neu konzipierten Neubau zu ersetzen. Trotzdem mussten, um die Sicherheit zu gewährleisten und den Betrieb aufrecht zu erhalten, Abstützungen der Singsaaldecken vorgenommen werden. Ein Ersatzbau, in dem den Klassen ein Klavier und das Orffsche Instrumentarium, der aber auch für Elternveranstaltungen am Abend zur Verfügung steht, ist heute unbedingt notwendig.

1.6. Raumgrösse der Schulräume

Das Schulhaus 1 weist Zimmergrössen von 57 m2 auf. Diese Grösse ist für Kleinklassen noch knapp verantwortbar, hingegen für Regelklassen zu klein. Die Belegungsflexibilität im Schulhaus 1 ist somit für die Volksschule nur noch auf Kleinklassen oder Therapieräume hin ausgelegt.

1.7. Organisation der Musikschule

Schon im Schlussbericht der Planungskommission 1982 ist erwähnt, dass die Bedürfnisse der Musikschule nicht berücksichtigt seien. Den Musikschulen, welche die Anliegen der Persönlichkeitsbildung ausserhalb des obligatorischen Unterrichts wahrnehmen, gebührt in verstärktem Masse die Unterstützung. Dabei ist in unserer Gemeinde bei der Musikschule analog der Volksschule mit einem leichten Wachstum zu rechnen.
Der Unterricht muss aber heute überall verstreut erteilt werden. Eine betriebliche Einheit würde die Planung und Optimierung der Unterrichtszeiten wesentlich erleichtern. Die heutige Mischnutzung ist nur solange möglich, als die von der Volksschule oben erwähnten Bedürfnisse noch in den bisherigen Räumen abdeckbar sind. Es ist daher naheliegend, diese in die Planung miteinzubeziehen.

1.8. Lagerbedarf

Werkräume bedingen Raumgrössen, die über eine Raumeinheit hinausgehen (Einlagerung von Werkmaterial, Aufbewahrung von angefangenen und fertigen Arbeiten, Maschinen-Nebenräume). Gleichzeitig ist von den Hauswarten und von der Verwaltung der Schulmaterialien (Schulbücher) ein Mehrbedarf an Räumlichkeiten nötig, da diese Räume erfahrungsgemäss immer wieder vergessen gehen, insbesondere wenn Zivilschutzräumlichkeiten fehlen.

1.9. Raumreserven

Im Notfall können die vier Kindergarten-Zimmer im Schulhaus 2 wieder in Kürze in Klassenzimmer für die Primarschule umgebaut werden.
Für die Kindergärten müsste dann eine externe bauliche Lösung gefunden werden. Dies könnte in Etappen geschehen und bedingt die Sicherung der nötigen Landreserven rund um die Schulanlage Rotkreuz.

2. Basiszahlen:

Schätzungen betreffend einer zusätzlichen Schülerzahlentwicklung bleiben immer spekulativ. Klar ist einzig, dass die Gesellschaft ihre Verhaltensweisen ändert, manchmal rasch, manchmal bedächtig. Ebenso stellen sich der Wirtschaft plötzlich andere Rahmenbedingungen, was sich wiederum sehr stark auf die Wanderungsbewegungen der Bevölkerung auswirkt.

Die Einschulungsjahrgänge (Stichdatum: 28. Februar) und die Geburtsjahrgänge sind nicht identisch. Dadurch ergeben sich leicht veränderte Berechnungszahlen. Gemäss Schulgesetz vom 27. September 1990 (§ 12) gelten für die Klassengrösse der Primarschule folgende Werte:

Richtzahl: 22 Kinder,
Höchstzahl: 26 Kinder.

Die Einteilung und Zuweisungen sind so vorzunehmen, dass die einzelnen Klassen wenn möglich die Richtzahl erreichen.

2.1. Schülerzahl der heute ansässigen Bevölkerung:

Primarschule Rotkreuz

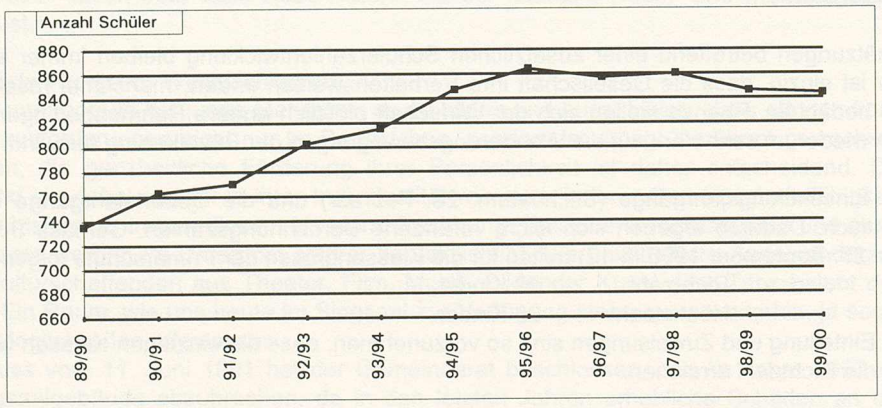
Aufgrund der Jahrgangslisten der Einwohnerkontrolle Risch bewegen sich die Einschulungsjahrgänge von Rotkreuz der Schuljahre 1992/93 bis 1999/2000 zwischen 62 und 80 Kindern.

1. Es ist damit zu rechnen, dass bis zum Schuljahr 98/99 am Schulort Rotkreuz vereinzelte Primarklassen vierfach geführt werden müssen. Unter Beibehaltung der heutigen Schulstruktur, d.h. bei separierender Führung der Kleinklassen und Dreifachführung der Primarschule, bewegen sich die Klassengrössen tendenziell über der Richtgrösse von 22 Schülern. Erfahrungsgemäss ergeben sich aber jedes Jahr Verschiebungen durch den Besuch von Sonder- oder Privatschulen und durch den Uebertritt in die Kleinklassen. Ebenso sind in diese Zahlen die Kinder von Asylbewerbern eingerechnet.
2. Die Einführung von Integrationslösungen für lernbehinderte Kinder der Kleinklassen A und B würde die zusätzliche Führung eines vierten Klassenzuges bedingen. Mit der Raumgrösse der Schulzimmer im Schulhaus 1 lässt sich diese schulische Lösung aber nicht verwirklichen.

Oberstufe Rotkreuz
Unter Annahme der gleichen Schulstruktur pro Jahrgang, d.h. vier Oberstufenklassen und Führung des Untergymnasiums an der Kantonsschule, ist der zur Verfügung stehende Schulraum im OS-Schulhaus bezüglich des Fachzimmerbedarfes bis zum Jahre 2000 sicher ausreichend (Ausnahme: Textiles Werken). Beim Klassenzimmerbedarf zeichnet sich hingegen ein Engpass ab, insbesondere durch die fehlenden Arbeitsplätze für die nicht als Klassenlehrer oder -lehrerinnen tätigen Lehrpersonen.
Die Einführung und Struktur einer integrierten Oberstufe lassen aber noch keine zwingenden Aussagen zu. Momentan kann einzig von der Höchstzahl von 22 Schülern bei der Klassengrösse ausgegangen werden.

Kindergarten
Sofern am einjährigen Kindergartenbesuch für die im nächsten Schuljahr schulpflichtigen und schulberechtigten Kinder festgehalten wird, kann mit einigem Glück der Bedarf mit sechs Kindergärten abgedeckt werden.

Gesamtschülerzahl (ohne zusätzlichen Wohnungsbau)



Kindergarten	89	109	107	110	100	105	114	89	108	106	108
PS Rotkreuz	384	380	394	403	410	429	432	445	437	443	433
PS Risch	46	41	41	44	56	56	59	62	59	48	40
PS Holzhäusern	38	36	35	34	35	31	27	29	25	25	19
Oberstufe	178	197	193	212	214	226	232	232	231	224	244
Total	735	763	770	803	815	847	864	857	860	846	844

2.2. Entwicklung auf dem Wohnungsbausektor:

Wohnbautätigkeit in den nächsten Jahren
Gemäss Auflistung des Bauamtes Risch ergibt sich für den Zeitraum 1993 bis zum Jahre 2000 für Rotkreuz folgende Wohnbautätigkeit (Prognose):

Gebiet		Anz. Whg.	93	94	95	96	97	98	99	00
Rotkreuz Süd	TOTAL	252	39	52	50	25	16	30	30	10
Rotkreuz Nord	TOTAL	298		54	41	64	41	44	24	30
TOTAL ROTKREUZ		550	39	106	91	89	57	74	54	40

In Holzhäusern, Buonas und Risch werden nach der Zonenplangenehmigung einige Einfamilienhäuser gebaut werden.

Auflistung der Bevölkerung nach Quartieren/Ortsteilen
Aufgrund der Erhebungen des Bauamtes per Ende 1992 verteilt sich die heutige Bevölkerung auf die 2043 Wohnungen der Gemeinde wie folgt:

Dorfteil	Anzahl Einwohner	
Rotkreuz: Dorf-Süd	1551	
Haldenhof	468	
Weidquartier	894	
Küntwil/Ringstrasse	195	
Rotkreuz: Dorf-Nord	1401	
Berchtwil	71	4580
Holzhäusern	327	
Buonas	457	
Risch/Oberrisch	254	**5618**

Dies ergibt eine durchschnittliche Wohnungsbelegung von 2.887 Einwohnern. Da erfahrungsgemäss Neubauwohnungen weniger dicht belegt werden, kann mit der Erfahrungszahl der Schulraumplanung von 1982 weiterhin gerechnet werden: 2.2 Personen/Wohnung.

Entwicklung der Wohnbevölkerung
Ausgehend von diesen Basiszahlen ergibt sich folgende Entwicklung der Wohnbevölkerung in den nächsten Jahren:

Ende Jahr	Neubau-Whg.	Zuwachs an Einwohnern	Wohnbevölkerung
1992			5618
1993	39	86	5704
1994	106	233	5937
1995	91	200	6137
1996	89	196	6333
1997	57	125	6458
1998	74	163	6621
1999	54	119	6740
2000	40	88	6828

2.3. Geburtenprognose:

Falls sich die Wohnbautätigkeit gemäss Prognose des Bauamtes abspielt, wird die Einwohnerzahl nicht mehr so progressiv zunehmen, wie das noch in der Periode 1975/1985 der Fall war. Dies wird zu einer eher älteren Population gegenüber 1980 führen, was sich in der Geburtenrate ausdrücken dürfte. Diese dürfte wahrscheinlich nicht mehr die Höhe der 80er-Jahre erreichen, wo die gemeindliche Geburtenrate doppelt so hoch war wie der schweizerische Durchschnitt.

Jahr	Einwohner	Geburten bei 1.5 Kindern/100 E.
1993	5704	86
1994	5937	89
1995	6137	92
1996	6333	95
1997	6458	97
1998	6621	99
1999	6740	101
2000	6828	102

Da sich die Zahl der Geburten im Rahmen der 80er-Jahre bewegen wird, dürfte der benötigte Schulraum für die Primarschule des Schuljahres 1996/97 unter Annahme einer analogen Schulstruktur und von gleichen durchschnittlichen Klassengrössen auch über das Jahr 2000 noch genügend sein.

3. Bedarf an Schulräumen:

Aus diesen Ausführungen leitete die Kommission "Schulraumplanung 2000" folgenden zusätzlichen Raumbedarf ab:

Musikschule	6	Instrumentalzimmer	à 1/3 RE	2 RE
	2	Gruppen-Musikzimmer	à 2/3 RE	1 1/3 RE
Primarschule	5	Klassenzimmer Ersatz für die zu kleinen Klassenzimmer im Schulhaus I	à 1 RE	5 RE
	1	Singsaal	à 1 1/2 RE	1 1/2 RE
	1	Werkraum	à 1 RE	1 RE
	1	Maschinen- und Materialraum dito	à 1 RE	1 RE
	1	Raum für Textiles Werken	à 1 RE	1 RE
	1	Materialraum dito	à 1/3 RE	1/3 RE
	1	Nebenraum für die Einlagerung von Material	à 1 RE	1 RE
Sekundarstufe I	3	Klassenzimmer	à 1 RE	3 RE

1 RE (Raumeinheit) := 72 m2 (Minimum)

4. Vorgehen/Schlussfolgerungen:

Aufgrund all dieser Ueberlegungen schlug die Planungskommission dem Gemeinderat folgendes Vorgehen vor:

1. Umbau der jetzigen Klassenzimmer im Schulhaus 1 zu Einzel- und Gruppenräumen für den Instrumentalunterricht der Musikschule.
2. Ersatzbau des heutigen Singsaales

3. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Sanierung der Primarschulhäuser 2 und 3 in Rotkreuz soll gleichzeitig als Ersatz für die fünf Klassenzimmer im Schulhaus 1 auch das Schulraumangebot um drei Klassenzimmer für die Sekundarstufe I erweitert werden. Diese 8 RE können durch eine Aufstockung der Schulhäuser 2 und 3 bewerkstelligt werden. Eine Untersuchung des Ingenieurbüros Wismer + Gwerder zeigt die Möglichkeit und Machbarkeit einer eingeschossigen Aufstockung auf.
   Das Raumangebot der Primarschule muss um Werkräume (textiles und nicht-textiles Werken) mit den notwendigen Nebenräumen für die Einlagerung von Material für das Werken, das Schulmaterial und die Hauswarte ergänzt werden.
4. Gleichzeitig sind die Zugänge zu den Schulhäusern 2 und 3 und die Pausenplätze der Primarschule neu zu gestalten (Unterstände, resp. Zugänge).
5. Es sprechen deutliche Anzeichen dafür, dass in nächster Zeit im Dorfteil Rotkreuz-Nord mit einer forcierten Wohnbautätigkeit zu rechnen ist. Im Falle einer im gleichen Zeitraum über die Planungszahlen hinausgehenden Wohnbautätigkeit im Ortsteil Rotkreuz-Nord müsste eine neue Schulanlage auf dem Areal der Binzmühle ins Auge gefasst werden. Auf jeden Fall muss das für Schulraumzwecke vorgesehene Land des Binzmühle-Areals langfristig als Reserve erhalten bleiben.
   Als Zwischenlösung für eine spätere Erweiterung der Primarschule bietet sich eine Ausquartierung der Kindergärten aus dem Schulhaus 2 und ein entsprechender Neubau rund um die Schulanlage Rotkreuz an. Dies könnte in Etappen geschehen.

Vor der definitiven Planung hat die Gemeinde gemäss Verordnung des Regierungsrates vom 1. Juli 1992 zum Schulgesetz vom 27. September 1990 den Erziehungsrat über die Bedürfnisabklärung, die Bauabsicht, den vorgesehenen Standort und das Raumprogramm zu orientieren. Mit den detaillierten Projektierungsarbeiten darf erst begonnen werden, wenn der Erziehungsrat der beabsichtigten Planung zugestimmt hat. Der Erziehungsrat erteilte am 28. Juni 1993 dieser umfassenden Schulraumplanung die Genehmigung.

Der Gemeinderat erachtete es als zweckmässig, die Neu-, An- und Umbauten sowie die Sanierung mittels eines Studienauftrages zu planen. Die zu projektierenden Neubauten müssen sich strukturell, material- und farbgestalterisch in die Gesamtanlage einfügen. Die Gemeindeversammlung vom 9. Dezember 1992 bewilligte dazu im Rahmen des Voranschlages einen Kredit von Fr. 70'000.-- für die Schulhausplanung. Der Gemeinderat erteilte in der Folge an sechs Architekten einen Studienauftrag, deren Jurierung am 22. Juni 1993 erfolgte und zu folgenden Schlussfolgerungen kam:

1. Eine Aufstockung der Schulhäuser 2 und 3 um ein Geschoss erscheint problematisch. Die Qualität der bestehenden Bauten leidet sehr stark unter dem massiven Eingriff. Allgemein problematisch ist eine Aufstockung in bezug auf einen durchgehenden Schulbetrieb. Der Anteil an neuen Bauteilen ist bei einem derartigen Umbau unverhältnismässig gross und damit kostspielig.
2. Das Preisgericht empfahl die beiden Projekte Fischer Architekten AG und Ammann + Baumann infolge ihrer besonderen hervorragenden Qualitäten und noch bestehender Unklarheiten in Teilaspekten zur nochmaligen Ueberarbeitung.

Die Gemeindeversammlung vom 28. Juni 1993 wies dann aber einen beantragten Projektierungskredit mit dem Auftrag an den Gemeinderat zurück, weitere Abklärungen, insbesondere bezüglich der Einplanung eines Probelokals für den Musikverein, zu treffen. Gespräche mit dem Musikverein zeigten, dass diese Aufgabe erfüllt ist, wenn das Probelokal im bestehenden Raum (UG Schulhaus 3) erweitert und mit einer besseren Belichtung versehen werden kann.

Die beiden überarbeiteten Projekte wurden am 30. August 1993 durch das Preisgericht unter Beachtung der Beurteilungskriterien

- Städtebauliche Situation und Aussenräume
- Qualität der Schulzimmer
- Singsaal

- Werken und Anlieferung
- Probelokal Musikverein
- Wirtschaftlichkeit

begutachtet. Das Preisgericht hält fest, dass sich die Ueberarbeitung der beiden Projekte gelohnt hat. Es würdigt die Qualität und die grossen Anstrengungen beider Projektverfasser und empfiehlt einstimmig das Projekt des Architekturbüros Ammann + Baumann, Zug, zur Weiterbearbeitung.

Damit der Verfasser des ausgewählten Projektes mit der Weiterbearbeitung beauftragt werden kann, ist ein Projektierungskredit von Fr. 350'000.-- einzuholen. Es ist vorgesehen, im Juni 1994 den Baukredit der Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

Der Gemeinderat stellt der Gemeindeversammlung aufgrund der erwähnten Ausführungen den

ANTRAG:

Es sei

für die Erweiterung der Schulanlage ein Projektierungskredit von Fr. 350'000.-- z.L. der Investitionsrechnung zu bewilligen.

Risch/Rotkreuz, 09. November 1993

NAMENS DES GEMEINDERATES RISCH
Der Präsident: R. Knüsel

Der Gemeindeschreiber: R. Barmettler

Kreditbegehren für Beitragsleistungen an die Baukosten für den Erweiterungsbau und die Sanierung des Männerheim Eichholz in Steinhausen - Bericht und Antrag des Gemeinderates

Traktandum

6

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

An der Gemeindeversammlung vom 1. Juli 1968 wurde beschlossen, dass die Gemeinde Risch sich an der Errichtung des Männerheim Eichholz, Steinhausen, beteiligt und der Trägerschaft "Stiftung Männerheim Zug" beitritt.

Das Männerheim Eichholz, Steinhausen, ist inzwischen 25-jährig geworden und bedarf einer dringenden Sanierung.
Es hat sich auch gezeigt, dass das Männerheim dauernd voll besetzt ist und in Notfällen keine Hilfe anbieten kann. Um ein sinnvolles Betreuungskonzept für die Pensionäre zu gewährleisten, benötigt der Wohnraum und die übrigen Räumlichkeiten eine zeitgemässe Einrichtung und Gestaltung. Dabei sollen die bestehenden Schlafräume (4er- und 6er-Zimmer) in 1er- und 2er-Zimmer umgebaut werden. Ebenfalls drängen sich für die betriebliche Infrastruktur Anpassungen und Verbesserungen auf.

Der Stiftungsrat leitete im Jahr 1990 eingehende Abklärungen ein, welche ergaben, dass nur mit einem Erweiterungsbau und einer Sanierung des bestehenden Baues die gesamte Problematik einer guten Lösung zugeführt werden kann.

Bereits mit dem Budget 1993 haben Sie den anteilmässigen Planungskosten im Betrage von Fr. 4'673.-- zugestimmt.

Mit den Planungsunterlagen vom 17.8.1993 legt nun der Stiftungsrat Männerheim Zug den Kostenvoranschlag und den Verteilerschlüssel sowie das Gesuch um Krediterteilung vor. Demnach betragen die gesamten Anlagekosten für die Erweiterung und die Sanierung des Altbaues total Fr. 4'370'000.--.

Diese Anlagekosten werden wie folgt verteilt:

Anteil Einwohnergemeinden	8/20	Fr.	1'748'000.--
Anteil Bürgergemeinden	1/20	Fr.	218'500.--
Anteil Kanton Zug	8/20	Fr.	1'748'000.--
Anteil Stiftung Männerheim	3/20	Fr.	655'500.--

Der Anteil der Einwohnergemeinden wird nach Einwohnerzahlen vom 31.12.1991 auf die Gemeinden verteilt. Die Einwohnergemeinde Risch hat somit 6,49 % oder Fr. 113'445.-- zu übernehmen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Sozialbehörden der Zuger Gemeinden und der Leitung des Männerheim Eichholz, Steinhausen, ist sehr gut. Die Sozialabteilung der Gemeinde Risch konnte in den letzten drei Jahren vier Männer, teils notfallmässig und kurzfristig und teils längerfristig unterbringen. Die Mitfinanzierung der Baukosten durch alle Einwohner- und Bürgergemeinden und dem Kanton Zug macht es möglich, dass auch in Zukunft die Pensionstaxen tragbar gehalten werden können, was wiederum in vielen Fällen den Gemeinden zugute kommt.

Als Mitglied der "Stiftung Männerheim Zug" und aufgrund der umfassenden Unterlagen und Kostenberechnungen stellt der Gemeinderat den

ANTRAG:

Es sei

an die Kosten für den Erweiterungsbau und die Sanierung des Männerheim Eichholz, Steinhausen, ein Beitrag von Fr. 113'445.-- zulasten von Konto 1540-36108 der laufenden Rechnung 1994 zu bewilligen.

Risch/Rotkreuz, 09. November 1993

NAMENS DES GEMEINDERATES RISCH
Der Präsident: R. Knüsel

Der Gemeindeschreiber: R. Barmettler

Bebauungsplan "Wohndorfkern Rotkreuz-Nord", Teilbebauungsplan Abschnitt "Bahnhofmatte" - Bericht und Antrag des Gemeinderates

Traktandum 7

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Die Gemeinde Risch hat im Rahmen des Raumplanungsgesetzes (RPG) und der Kant. Richtplanung die Orts- und Zonenplanung den heutigen Bedürfnissen, Anforderungen und Gesetzen anzupassen. Um eine optimale Nutzung des vorhandenen Bodens, insbesondere im Bereich des Dorfes Rotkreuz zu erhalten, hat der Gemeinderat am 19. Januar 1988 beschlossen, an fünf ausgewiesene Architekturbüros sowie an Studenten der ETH einen Studienauftrag zu erteilen. Im Anschluss an diesen Studienauftrag wurden zwei Architekturbüros mit der Weiterbearbeitung der Konzeptstudien beauftragt.

Der Gemeindeteil Rotkreuz hat sich in den vergangenen Jahren stark entwickelt. Dabei lag das Schwergewicht insbesondere bei den gewerblich industriellen Bauten.

Aus den Projektvorschlägen haben sich zwei Schwerpunkte herauskristallisiert. Der Dorfteil südlich der SBB-Geleise wurde als Geschäftsdorfkern, durchmischt mit Wohnungen, konzipiert. Der nördliche Teil wird als **Wohndorfkern** vor allem aus Wohnungen und einigen Gewerberäumlichkeiten bestehen.

Diese einmalige Gelegenheit mitten im Dorf, direkt neben dem Bahnhof, ein Wohndorf zu planen, wurde durch grosse unüberbaute Landreserven möglich. Damit kann der Wohnungsbau, der mit der industriellen Entwicklung im Dorf bisher nicht schritthalten konnte, weitgehend gefördert werden.

Die Dorfkernplanung verfolgt das Ziel, Lösungsmöglichkeiten und Konzepte aufzuzeigen, die geeignet sind, eine angemessene Dorfkernentwicklung zu ermöglichen. Die raumplanerischen Massnahmen können so konkretisiert werden, insbesondere auch bezüglich Lärmschutz, der gerade entlang den Hauptverkehrsstrassen und Bahnlinien zu einer immer schwieriger zu erfüllenden Bedingung wird. Das Konzept der Dorfkernplanung beinhaltet alle für die bauliche Entwicklung des Dorfkerns massgebenden Planungsbereiche.

Der zu gestaltende Dorfkern soll die Bedürfnisse der Gemeinde und der näheren Umgebung abdecken. Insbesondere sind Grösse, Lage und Nutzungsdichte der künftigen Kernzone auf diese Zielsetzung auszurichten. Das Überbauungs- und Gestaltungskonzept über das Dorfkerngebiet von Rotkreuz gibt im speziellen Auskunft über

- **die erwünschte Bebauung**
  (Art, Gestaltung, Dichte, Formen)
- **die erwünschte Nutzungsverteilung**
  (gemischte Zentrumsbereiche, Wohnquartiere usw.)
- **die Erschliessung**
  (Erschliessung, Parkierung, Rad- und Fussgängerverbindungen)
- **die Freiraumgestaltung**
  (Plätze, Grünräume, Bepflanzung, Strassenraumgestaltung)
- **die Baulinien entlang Strassen.**

Die Freiraum-Gestaltung ist, als roter Faden, das wichtigste Anliegen für den Wohndorfkern. Dieser besteht grundsätzlich aus drei Hauptelementen:

- **Der Freiraum** ist der eigentliche Ort des Dorfes. Es sind dies Strassen, Gassen und Plätze.

- **Die Gebäude** definieren mit ihrem Volumen den Freiraum.

- **Die Grünräume**, als drittes Element, sind "Volumen"; je grösser desto besser, ohne raumbegrenzende Aufgabe, im Gegensatz zum Freiraum.

Dabei mussten folgende Rahmenbedingungen eingehalten werden:

- Ein etappenweise realisierbares Grundkonzept; jeder Grundeigentümer soll im Rahmen des Gesamtkonzeptes autonom bleiben, d.h. Realisierung als auch Realisierungszeitpunkt selber bestimmen können.
- Das Gesamtkonzept soll im Rahmen der Ortsplanungsrevision mit Zonenplan und Bebauungsplänen gesichert werden.

Aufgrund des 1988 durchgeführten Wettbewerbes wurden verschiedene Fachleute mit der Ausarbeitung dieser Bebauungspläne beauftragt. Um die Planungsarbeiten zu erleichtern, wurden verschiedene Gebiete abgegrenzt:

- Das Planungsgebiet "Süd", den eigentlichen Dorfkern an der Buonaserstrasse und Luzernerstrasse.
- Das Planungsgebiet "Nord", zwischen SBB-Geleisen und Chamerstrasse.
- Gebiete, die im Detail erst später zu bearbeiten sind.

Am 14. Juni 1989 wurde die Bevölkerung von Risch über den Stand der Dorfkernplanung Rotkreuz orientiert. Die Planungsarbeit verlagerte sich immer stärker von der eigentlichen Planungsarbeit zu Gesprächen, Abklärungen, Besprechungen und Detailstudien. Mit zunehmender Gesprächsdauer wurden die Konzepte und Vorstellungen der Grundeigentümer immer stärker aufeinander abgestimmt. Die Gemeinde war bei der Lösung der Probleme, im Interesse einer gesamthaft vorteilhaften Zentrumsentwicklung, behilflich und übernahm dabei immer mehr eine Vermittlerrolle zwischen den verschiedenen Interessengruppen.

Der Gestaltung der Strassenräume und Wohngassen, sowie der für die Entwicklung des Dorfkerns Rotkreuz wichtigen Verbindungen zwischen nördlicher und südlicher Kernzone wurde besondere Beachtung geschenkt.

Ohne Zweifel werden mit dem Bebauungsplan wesentliche Probleme gelöst und die Realisierungsmöglichkeiten der Grundeigentümer verbessert.

Eine elfköpfige Expertenkommission und die damalige Ortsplanungskommission (23 Mitglieder) haben sich an mehreren Sitzungen eingehend mit den Planungsarbeiten befasst und Antrag gestellt. Mit Beschluss vom 30. April 1990 hat der Gemeinderat dem Bebauungsplan "Wohndorfkern Rotkreuz-Nord" zugestimmt. Nach erfolgter Vorprüfung durch die Baudirektion mussten der Bebauungsplan und die Sonderbauvorschriften noch in einigen Punkten bereinigt werden. Die Verhandlungen mit den SBB betr. Lärmschutzmassnahmen sind dann unerwartet auf Schwierigkeiten gestossen. Ein in Auftrag gegebenes Lärmgutachten hat ergeben, dass der Bebauungsplan "Wohndorfkern Rotkreuz-Nord" wegen des Verhaltens der SBB grösstenteils neu überarbeitet werden muss. Aufgrund dieser Situation hat sich der Gemeinderat für die Weiterbearbeitung von Teilbebauungsplänen entschieden. Mit Gemeinderatsbeschluss vom 11. Dezember 1990 wurde ein erster Teilbebauungsplan (Abschnitt Postmatte) zur öffentlichen Auflage freigegeben (1. Etappe). Am 23. April 1991 hat der Gemeinderat bereits den zweiten Teilbebauungsplan (Abschnitt Wyden) verabschiedet und zur öffentlichen Auflage freigegeben (2. Etappe). Beide Teilbebauungspläne wurden vom Regierungsrat am 2. Dezember 1991 resp. 4. Mai 1992 genehmigt. Ein dritter Teilbebauungsplan (Abschnitt 3. Etappe) wurde ebenfalls von der Baudirektion bereits vorgeprüft.

In der Zwischenzeit wurde auch der vorliegende Teilbebauungsplan Abschnitt "Bahnhofmatte" von der Grundeigentümerin selber ausgearbeitet. Das Gebiet des besagten Teilbebauungsplanes umfasst die beiden Grundstücke GBP Nr. 12 (östlich der neu geplanten Birkenstrasse) und GBP Nr. 997 der Erbengemeinschaft H. Müller, Rotkreuz. Der Gemeinderat hat am 1. Dezember 1992 beschlossen, dass die Erbengemeinschaft Müller über das besagte Areal östlich der geplanten Birkenstrasse einen privaten Bebauungsplan - unter Einhaltung gewisser Rahmenbedingungen - einreichen kann.

Das Bebauungsplanareal "Bahnhofmatte" liegt im lärmbelasteten Bereich der insbesondere nachts stark befahrenen Eisenbahnlinie durch Rotkreuz sowie der Chamerstrasse (Kantonsstrasse).

Die Ermittlung und Beurteilung der Lärmimmissionen haben ergeben, dass der massgebende Belastungsgrenzwert ohne spezielle Lärmschutzmassnahmen überwiegend nicht eingehalten werden kann. Die Berechnungen haben jedoch gezeigt, dass mit baulichen Massnahmen der Belastungsgrenzwert grösstenteils eingehalten werden kann. Einzig bei total neun Räumen in den Dachgeschossen wird der massgebende Belastungsgrenzwert überschritten, was eine Planungsänderung oder Nutzungsänderung dieser Räume zur Folge hat. Gemäss Vorprüfungsbericht der Baudirektion gelten die im Lärmschutznachweis vom 14. Mai 1993 geplanten Lärmschutzmassnahmen als grundeigentümerverbindliche Vorgaben, inkl. Lärmschutz auf dem Garagentrakt. Aufgrund der kritischen Lärmsituation ist im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens ein detaillierter Lärmnachweis zu erbringen. Ein weiterer Vorbehalt im Vorprüfungsbericht betrifft die Entwässerung der Böschung gegen die Chamerstrasse hin, was jedoch eine Sache des Baubewilligungsverfahrens ist.

In einem Vorvertrag wurden u.a. der Planungsbeitrag, Landverkauf resp. Landabtausch und die Landabtretungen für öffentliche Zwecke geregelt. Die Gemeinde verpflichtet sich u.a., die fünfzehn öffentlichen Parkplätze im geplanten Parkhaus, den Anbau des Velounterstandes und das Vordach der Bushaltestelle gemäss den ausgewiesenen Erstellungskosten (ohne Landanteil), unter Vorbehalt der Genehmigung des erforderlichen Kredites an einer späteren Gemeindeversammlung, abzugelten. (Der Vorvertrag liegt während der ordentlichen Auflagefrist auf der Gemeindekanzlei zur Einsicht auf).

Die öffentliche Planauflage erfolgte am 5. Oktober 1993 und dauerte bis und mit 3. November 1993. Es wurden keine Einsprachen erhoben.

Mit dem Teilbebauungsplan "Bahnhofmatte" wird ein weiterer Abschnitt des Bebauungsplangebietes "Wohndorfkern Rotkreuz-Nord" abgedeckt. Der Teilbebauungsplan "Bahnhofmatte" ermöglicht ein mit Lärm wesentlich vorbelastetes und zentral gelegenes Gebiet baulich zu verdichten. Das Bebauungsplanareal liegt zudem innerhalb der vom Regierungsrat erlassenen Planungszone. Der Bebauungsplan bedarf nach der Genehmigung durch die Gemeindeversammlung noch der Zustimmung des Regierungsrates. Die Aufhebung der erwähnten Planungszone kann der Regierungsrat im Rahmen einer Genehmigung des Bebauungsplanes "Bahnhofmatte" vornehmen.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen stellt der Gemeinderat der Gemeindeversammlung folgenden

ANTRAG:

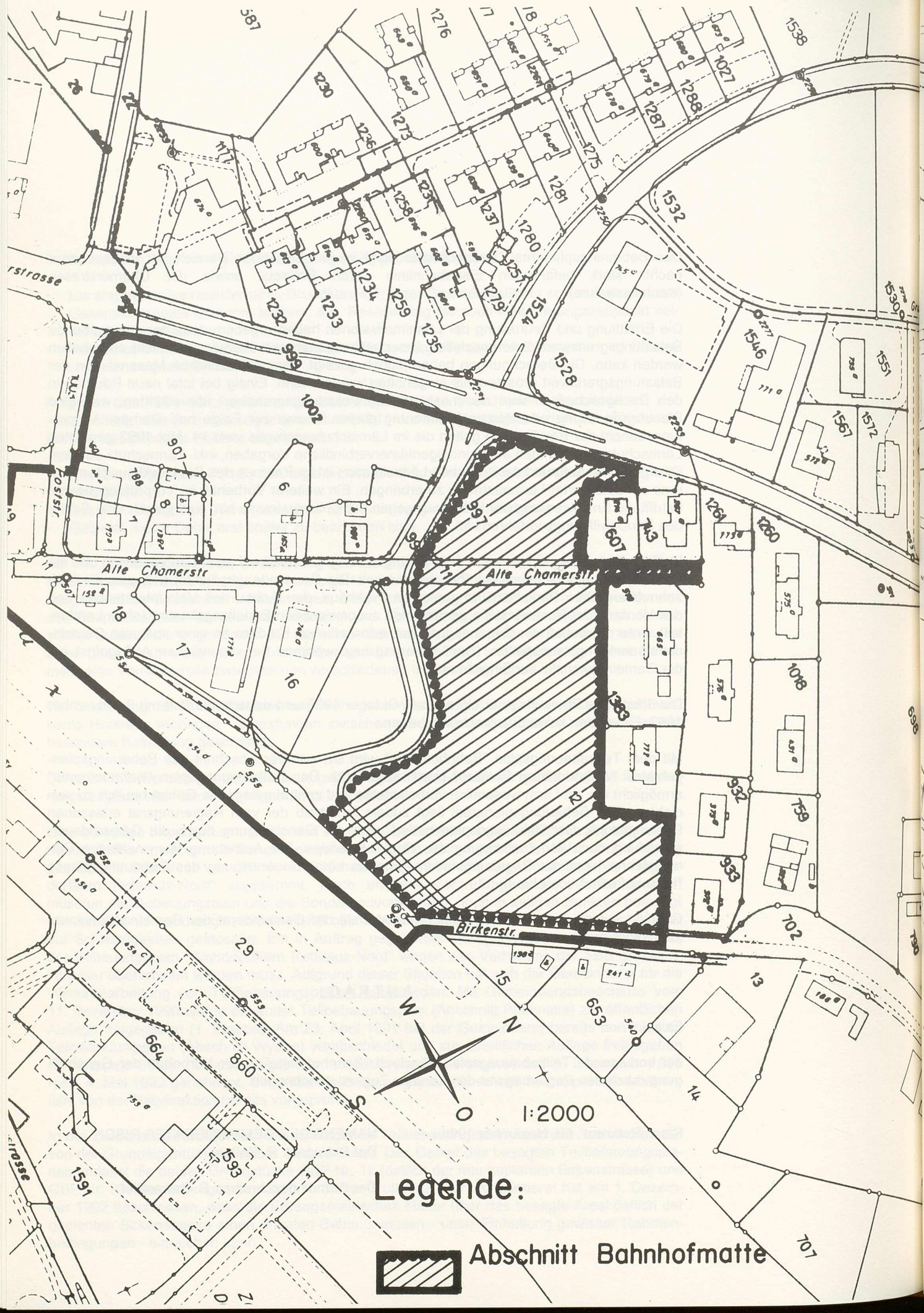
Es sei

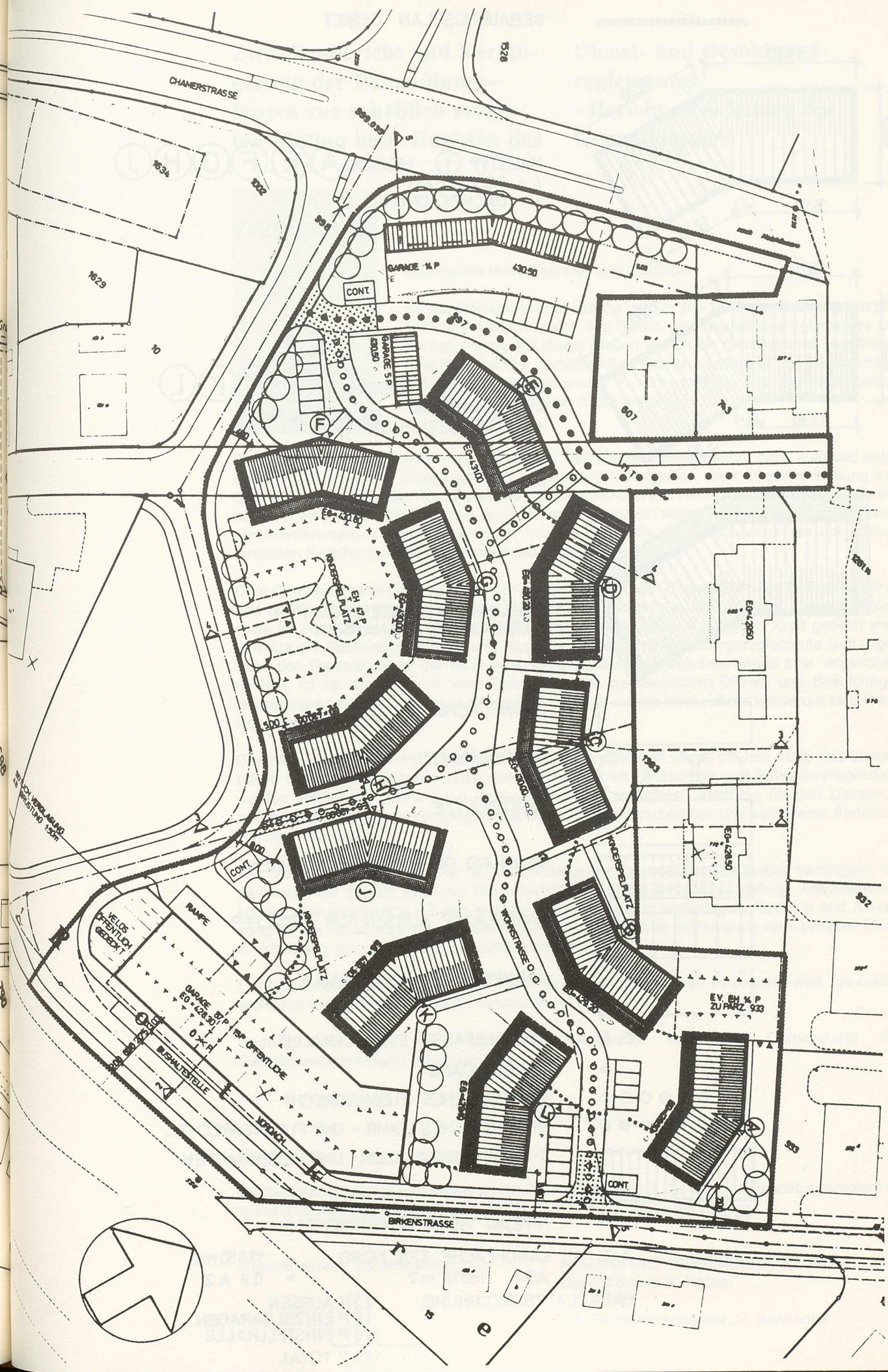
der vorliegende Teilbebauungsplan Abschnitt "Bahnhofmatte", unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Regierungsrat des Kantons Zug, zu genehmigen.

Risch/Rotkreuz, 09. November 1993

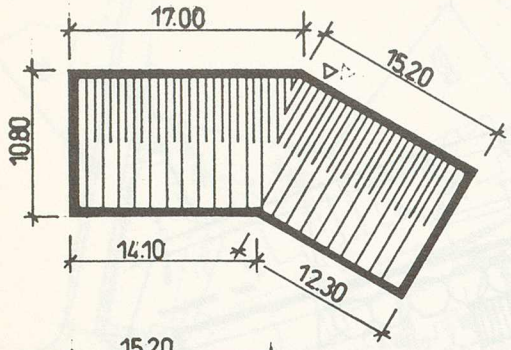
NAMENS DES GEMEINDERATES RISCH
Der Präsident: R. Knüsel

Der Gemeindeschreiber: R. Barmettler

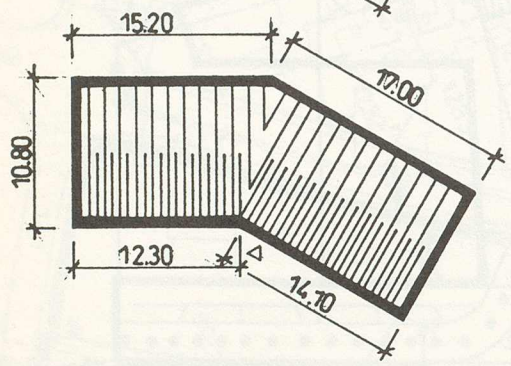

Alte Chamerstr.
Alte Chamerstr.
Birkenstr.
Legende:
Abschnitt Bahnhofmatte
1:2000


CHAMERSTRASSE
GARAGE 14 P
CONT
GARAGE 5 P
KINDERSPIELPLATZ
EH 17 P
KINDERSPIELPLATZ
RAMPE
VELOS OFFENTLICH GEDECKT
GARAGE 57 P
EG = 428.50
ISP ÖFFENTLICHE
BUSHALTESTELLE
NORDACH
KINDERSPIELPLATZ
WOHNSTRASSE
KINDERSPIELPLATZ
EV. EH ½ P ZU PARZ. 933
EG = 428.50
CONT
CONT
BIRKENSTRASSE
1634
1629
1530
1551
1567
1572
907
743
933
932
698

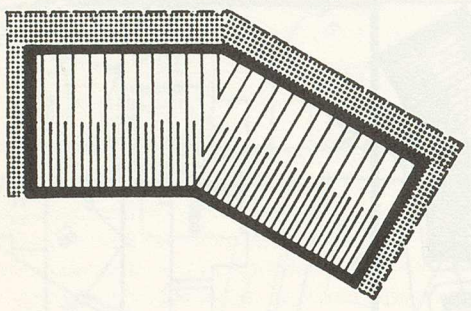
BEBAUUNGSPLAN GEBIET



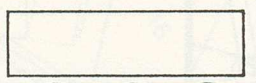
HAUSTYP (1) HEUSER (A) (E) (F) (G) (H) (J)
4 - GESCHOSSIG
• DACHGESCHOSS



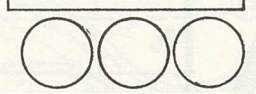
HAUSTYP (2) HEUSER (B) (C) (D) (K) (L)
4 GESCHOSSIG
• DACHGESCHOSS



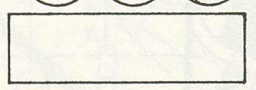
ZULÄSSIGER BAUBEREICH FÜR LÄRMSCHUTZMASSNAHMEN



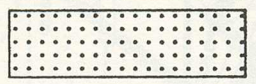
GRÜNFLÄCHEN



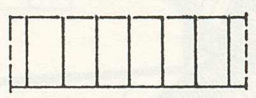
HOCHSTÄMMER



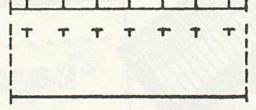
HARTPLÄTZE



VERBUND ODER PFLASTERSTEINEN



PARKPLÄTZE AUSSEN FÜR BESUCHER

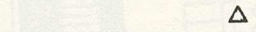


PARKPLÄTZE EINSTELLHALLE

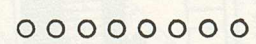


EIN AUSFAHRT EINSTELLHALLE

HAUSEINGANG



ÖFFENTLICHES FUSSWEGRECHT



ÖFFENTLICHES FAHR - UND FUSSWEGRECHT



1- GESCHOSSIGE KLEIN - UND NEBENBAUTEN

NIVEAU HÖHE ERDGESCHOSS

A Z: LANDFLÄCHE TEIL NORD = 17850 m2
AGF 16078 m2 = 0.9 A Z

PARKPLATZBERECHNUNG: 22 P AUSSEN
19 P EINZELGARAGEN
148 P EINSTELLHALLE
max. 189 P TOTAL

Zwischenbericht und Verlängerung der Behandlungsfristen zur erheblich erklärten Motion betr. Revision des Dienst- und Besoldungsreglementes - Bericht und Antrag des Gemeinderates

Traktandum

8

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

An der Gemeindeversammlung vom 1. Juli 1991 wurde die Motion der CVP betreffend Revision des Dienst- und Besoldungsreglementes erheblich erklärt. Mit dieser Motion wurde der Gemeinderat beauftragt, eine Revision des gemeindlichen Dienst- und Besoldungsreglementes der Gemeindeversammlung zu unterbreiten. Die Behandlungsfrist wurde bis 31. Dezember 1993 festgelegt.

Bereits bei der Erheblicherklärung wurde vom Gemeinderat festgehalten, dass aufgrund eidg. und kant. Erlasse das Dienstreglement in gewissen Vorschriften einer Übereinstimmung bedarf. Bestimmungen über Angestellte, die nach gemeindlichem Recht und die Lehrerschaft, die nach kantonalem Recht angestellt sind, sollten angeglichen werden. Ebenfalls sind Sozialvorsorgebestimmungen anzupassen. Auch müssten allenfalls die Entschädigungen der nebenamtlichen Funktionäre / Behördenmitglieder überprüft werden.

Dem Gemeinderat ist bekannt, dass der Kanton zur Zeit sein Gesetz über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Beamten und Angestellten ebenfalls in Revision hat. Diese Revision sollte im kommenden Jahr abgeschlossen und voraussichtlich auf 1995 in Kraft gesetzt werden. Da die Gemeinden des Kantons Zug ihre Dienst- und Besoldungsreglemente weitestgehend den Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung angeglichen haben bzw. angleichen werden, ist es nicht sinnvoll, eine Teilrevision des gemeindlichen Dienst- und Besoldungsreglementes heute schon vorzuschlagen, um dann in ein bis zwei Jahren wiederum eine Revision beantragen zu müssen.

Das heutige gemeindliche Dienst- und Besoldungsreglement wurde im Jahr 1986 neu überarbeitet. Die Entschädigungsansätze der nebenamtlichen Funktionäre und Behördenmitgliedern wurden seither alle Jahre durch Teuerungszulagen angepasst. Auch die übrigen Dienstvorschriften sind nicht derart unzeitgemäss, dass man unaufschiebbar und sofort eine Änderung vorzunehmen hätte.

Der Gemeinderat möchte daher die Behandlungsfrist der anstehenden Motion verlängern, bis das kantonale Gesetz über das Dienstverhältnis und die Besoldung vorliegt. Anschliessend könnte dann gleichzeitig mit den anderen Gemeinden eine umfassende Revision und Anpassung an die neue, kantonale Gesetzgebung erfolgen. Damit würde auch eine bessere Übereinstimmung unter den Zuger Gemeinden erreicht.

Der Gemeinderat hofft, dass sich bis dahin die wirtschaftliche Lage verbessern wird, um solche wichtigen Personalfragen objektiv behandeln zu können.

Gestützt auf den vorstehenden Zwischenbericht stellt der Gemeinderat der Gemeindeversammlung folgenden

ANTRAG:

Es sei

für die Behandlung der hängigen Motion betr. Revision des Dienst- und Besoldungsreglementes und Beschlussfassung die Frist bis 31. Dezember 1995 zu verlängern.

Risch/Rotkreuz, 09. November 1993

NAMENS DES GEMEINDERATES RISCH
Der Präsident: R. Knüsel

Der Gemeindeschreiber: R. Barmettler